

ANALYSEN

Die Entwicklung der Grenzfrage zwischen Rußland und China und ihre Bedeutung für das sino-sowjetische Verhältnis

UWE G. FABRITZEK

Vorbemerkung

Am 3. März 1969 wurde die Weltöffentlichkeit von dramatischen Berichten über erbitterte Kämpfe zwischen chinesischen und sowjetischen Grenztruppen in der vorangegangenen Nacht alarmiert. Die Berichte, die nahezu gleichzeitig von der Nachrichtenagentur der Sowjetunion, TASS, und der der Volksrepublik China, Hsinhua, publiziert worden waren¹, markierten den Beginn einer neuen Stufe der Eskalation in den Auseinandersetzungen zwischen den beiden größten kommunistischen Staaten der Welt. Zu den ideologischen Differenzen, die zwischen China und der Sowjetunion seit 1960 in der Öffentlichkeit ausgetragen werden², kam nun auch offiziell der Streit um territoriale Fragen, nachdem die Führer der Volksrepublik China bereits seit 1954 auf eine Klärung der Grenzfrage gedrängt hatten.

Weitere Zusammenstöße an der mehrere Tausend Kilometer langen³ Grenze im Fernen Osten in den folgenden Monaten⁴ wiesen auf eine gefährliche Zuspitzung im sino-sowjetischen Konflikt hin, deren Höhepunkt von vielen Beobachtern in einem „roten Bruderkrieg“ gesehen wurde.

Die unabsehbaren Auswirkungen eines chinesisch-sowjetischen Krieges auf die weltpolitische Konstellation führten in der Folgezeit zu unzähligen Theorien, Vermutungen und (vor allem) Spekulationen auf internationaler Ebene über die mögliche Weiterentwicklung dieses Konfliktes, die in einer Vielzahl von Artikeln und Kommentaren ihren Ausdruck fanden. Da die Kampfplätze im Fernen Osten zum

¹ Die chinesische Veröffentlichung folgte fünf Stunden nach der sowjetischen. Siehe: TASS, 3. 3. 1969. Hsinhua, 3. 3. 1969. Vgl. auch: Konflikt Moskau—Peking verschärft. Süddeutsche Zeitung (SZ), 4. 3. 1969. Chinesisch-sowjetische Grenzzwischenfälle. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 4. 3. 1969.

² Die Entstehung der Meinungsverschiedenheiten wird von den chinesischen Führern auf 1956, den XX. Parteitag der KPdSU, zurückdatiert. Die offene Auseinandersetzung über theoretische Fragen des Kommunismus begann am 16. 4. 1960 mit dem Artikel „Lang lebe der Leninismus“ in der theoretischen Zeitschrift der KP Chinas „Hung Chi“ (Rote Fahne). Der definitive Bruch zwischen der VR China und der SU erfolgte im Juli 1963 durch die sowjetische Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens. Seither wurde der Streit um ideologische Fragen in unzähligen Dokumenten von beiden Seiten öffentlich dargelegt.

³ Nach dem sowjetischen Außenminister Gromyko ist die Grenze zwischen der Sowjetunion und der der VR China 7395 km lang. In: Prawda, 11. 7. 1969. Nach „Current Scene“, Hongkong, Vol. VII (1969) Nr. 17, ist die Grenze 4150 Meilen (etwa 6700 km) lang.

⁴ Die exakten Daten und entsprechenden Fundstellen zu diesen und anderen Ereignissen bezüglich des sino-sowjetischen Konfliktes vom 2. 3. 1969 bis 15. 9. 1970 vgl. Kapitel III Abschnitt 1.

Sperrgebiet erklärt wurden⁵, Geographie und Verhältnisse auf beiden Seiten der umstrittenen Grenzlinie allgemein unbekannt und die offiziellen Dokumente beider Seiten ideologisch verbrämte, propagandistisch aufgemachte Anklagen sind, die einander in den entscheidenden Punkten widersprechen⁶, kam es vor, daß manche Berichte über die Geschehnisse im Fernen Osten mehr zur Verwirrung der Leser beitrugen als zu ihrer Information.

Der Streit um die gemeinsame Grenzlinie zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China ist jedoch keine Folge der ideologischen Differenzen zwischen den beiden kommunistischen Staaten, er ist vielmehr so alt wie die Geschichte der russisch-chinesischen Beziehungen überhaupt. Genau genommen nahmen die Beziehungen zwischen dem Zarenreich Rußland und dem Kaiserreich China ihren Anfang mit Verhandlungen über die gemeinsame Grenze.

Die große Bedeutung, die die Grenzfrage sowohl für die Volksrepublik China als auch für die Sowjetunion seit dem März 1969 gewonnen zu haben scheint und ihre unter Umständen weltweiten Konsequenzen, läßt es angebracht erscheinen, die Entwicklung der Grenzfrage zwischen diesen beiden Staaten in den Grundzügen aufzuzeigen⁷.

I. Die Entwicklung der Grenzfrage zwischen Rußland und China von den Anfängen bis 1949

Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts gab es zwischen Rußland und China keine gemeinsame Grenze — die Weiten zwischen den beiden Reichen waren von mehr oder weniger sesshaften Völkern bewohnt, die sich weder zu China noch zu Rußland gehörig fühlten. Erst im Zuge des russischen Vordringens nach Osten kam es in den fünfziger Jahren des 17. Jahrhunderts im Gebiet des Amur zu den ersten Kämpfen zwischen chinesischen und russischen Truppen, die sich mehr oder weniger sporadisch bis zum Abschluß des ersten Vertrages zwischen China und Rußland im Jahre 1689 fortsetzten.

Der **Vertrag von Nertschinsk** (chinesisch: Ni-pu-chu) vom 6. September 1689 regelte die Grenzziehung zwischen den beiden Staaten für das Gebiet östlich des Dalai Nor (siehe Karte) und sah Vereinbarungen für den gemeinsamen Handel vor. Danach

⁵ Eine Ausnahme macht die Sowjetunion dabei für ausgewählte Journalisten, die dann entsprechend über ihre Erlebnisse im Grenzgebiet berichten. Vgl.: Moskau mobilisiert seine Dichter. In: Osteuropa 19 (1969) Nr. 8, S. A 99 — A 110.

⁶ Eine Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente des März 1969 findet sich bei: Mehnert, Klaus: Die Schüsse am Ussuri und ihr Echo. In: Osteuropa 19 (1969) Nr. 8, S. 549—559, Dokumente S. A 77 — 91.

⁷ Die Entwicklung der Grenzlinie zwischen Rußland und China ist bis heute wissenschaftlich-historisch nicht exakt dargestellt worden. Anders als im europäischen Raum gab es über viele Jahrhunderte hinweg wegen der Weite des Raumes und der geringen Bevölkerung keine direkte Berührung zwischen beiden Reichen und auch nur vereinzelte Quellen über die jeweiligen Vorposten der Reiche. Die folgende Darstellung stützt sich im wesentlichen auf: Jackson, W. A. Douglas: The Russo-Chinese Borderlands. 2nd edition London: Van Nostrand Comp., 1968. Pommerening, Horst: Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt. Olten: Walter Verlag, 1968. Wheeler, Geoffrey: The Modern History of Soviet Central Asia. London: Weidenfeld and Nicolson, 1964. Hoetzsch, Otto: Rußland in Asien. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1966.

sollte die Grenze entlang des Argun-Flusses, der Wasserscheide des Jablonowy- und des Stanowoi-Gebirges zur Uda-Bucht am Ochotskischen Meer verlaufen⁸. Rußland war es fortan verboten, den Amur weiter zu befahren, auch mußten alle russischen Niederlassungen an den Ufern dieses Flusses aufgegeben werden. Eine Besonderheit dieses Vertrages ist es, daß er in einer lateinischen, einer chinesischen und einer russischen Fassung ausgefertigt wurde, was zweifellos auf die Mitwirkung am chinesischen Kaiserhof tätigen Jesuiten F. Gerbillon und Th. Pereira zurückzuführen ist⁹. Dabei erschien er in der chinesischen Fassung als Vertrag des „Reiches der Mitte“ mit dem „Tributgeber“ Rußland, in der russischen Fassung ein Vertrag zwischen gleichgestellten Staaten¹⁰. Nahezu fünfzig Jahre lang entwickelten sich die nachbarlichen Beziehungen auf der Grundlage dieses Vertrages, der ja nur einen kleinen Teil der Grenze festlegte, zudem nicht überall markiert war und so den Russen ein allmähliches weiteres Vordringen erlaubte.

Der **Vertrag von Kiachta** vom 1. November 1727 war eigentlich ein ganzes Vertragswerk mit mehreren Zusatzabkommen, das Handels- und Reisevereinbarungen, Bestimmungen über die Errichtung einer russischen Niederlassung in Peking sowie neuerliche Grenzvereinbarungen enthielt¹¹. Die gemeinsame Grenze wurde danach — im Anschluß an die Vereinbarung von 1689 — vom Argun nach Westen bis zum Sajjanischen Gebirge festgelegt. Entsprechend waren also sowohl die Innere als auch die Äußere Mongolei feste Bestandteile des chinesischen Reiches. Die Zusatzverträge von 1768, 1772, 1786 und 1797 brachten nur unwesentliche Veränderungen in der Grenzziehung. Sie leiteten eine Periode ein, die auf beiden Seiten der Grenze im Zeichen des Versuchs der Einflußnahme auf die bis dahin weitgehend unabhängigen Stämme in den Grenzgebieten stand.

Die Verträge von Nertschinsk und Kiachta können als ausgewogen betrachtet werden, da sie durchaus den beiderseitigen Interessen entsprachen. Auf ihrer Grundlage kam es für die nächsten hundert Jahre zu einem friedlichen Nebeneinander entlang der Grenze, zumal Rußland sich auch nicht mehr in innerchinesische Rivalitäten einmischte.

Eine Veränderung dieses Verhältnisses zeichnete sich gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ab, als nach der gewaltsamen „Öffnung“ Chinas durch die europäischen Mächte, dem Opium-Krieg (1839 bis 1842) und der Tai-ping-Rebellion (1850 bis 1864) der innere Niedergang Chinas deutlich wurde und Rußland diese Situation benutzte, unter Mißachtung der geschlossenen Verträge sein Gebiet zu erweitern.

Während China durch die europäischen Großmächte mit immer neuen Forderungen bedrängt wurde, besiedelten die Russen unter ihrem Gouverneur für Ost-Sibirien, N. Murawiew, systematisch das Gebiet nördlich des Amur und legten Garnisonen an. Unter Ausnutzung der chinesischen Bedrängnis erzwang Murawiew mit militärischen

⁸ Die Fundstellen dieses und der folgenden Verträge in europäischen Sprachen siehe Pommerening, H., a.a.O., S. 208–209. Fundstellen in russischer Sprache bei Brahm, Heinz: Die Chinapolitik Rußlands und der Sowjetunion. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 40 (1969).

⁹ Rechtsverbindlich war allein die lateinische Fassung, nach: Brahm, Heinz, a.a.O., S. 9. Zu den verschiedenen Fassungen siehe: Pommerening, H., a.a.O., S. 114.

¹⁰ Es erscheint fraglich, ob die Chinesen — bedingt durch ihr Selbstverständnis — eine andere Fassung akzeptiert hätten, zumal der Vertrag unter militärischem Druck Chinas abgeschlossen wurde. Nach: Pommerening, H., a.a.O., S. 115–117.

¹¹ Pommerening, H., a.a.O., S. 118–124; Jackson, D., a.a.O., S. 40–46.

Drohungen die Unterzeichnung des **Vertrages von Aigun** am 28. Mai 1858, der Rußland das gesamte Gebiet nördlich des Amur einschließlich seines Ufers zusprach, was etwa einer Fläche von 450 000 Quadratkilometern entspricht. Außerdem wurde vereinbart, das Gebiet östlich des Ussuri bis zu einer späteren Regelung unter gemeinsame Verwaltung zu stellen¹². Unabhängig davon wurde kurze Zeit später, am 13. Juni 1858, in Tientsin ein chinesisch-russischer Freundschaftsvertrag abgeschlossen, der Rußland die gleiche vorteilhafte Position China gegenüber verschaffte, die sich die europäischen Mächte mit Waffengewalt erobert hatten. Obwohl sich China anfangs weigerte, den Vertrag von Aigun zu ratifizieren, zumal die Russen auch die Insel Sachalin für sich beanspruchten, war es doch den politischen Ränken Rußlands nicht gewachsen und mußte im **Vertrag von Peking** vom 14. November 1860 die Ratifizierung dieses Vertrages sowie die Abtretung weiterer Gebiete zugestehen¹³. Es handelte sich dabei um die Gebiete östlich des Ussuri (etwa 300 000 km²) sowie um weite Teile Turkestans (etwa 800 000 km²), die durch eine neue Grenzziehung zwischen der Mongolei und Kokand an Rußland fielen. Im **Protokoll von Tschugutschak** vom 7. Oktober 1864 wurde die genaue Grenzlinie festgelegt¹⁴.

Damit war der Expansionshunger des Zarenreiches jedoch noch nicht saturiert, sein Schwerpunkt verlagerte sich in den folgenden Jahren auf die chinesische Provinz Sinkiang und das chinesische Pamir-Gebiet, nach Zentralasien. Die Entwicklung dieses Abschnitts der chinesisch-russischen Grenzlinie ist auf Grund der besonderen geographischen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten Zentralasiens außerordentlich schwierig darzustellen und stellt auch heute noch ein eigenes Problem innerhalb der chinesisch-russischen Grenzfrage dar¹⁵. Um der russischen Einflußnahme in diesem Gebiet ein Ende zu setzen, wurde 1879 ein chinesischer Bevollmächtigter nach St. Petersburg entstand, der sich von seinen Verhandlungspartnern derart übertölpeln ließ, daß er am 15. September 1879 den **Vertrag von Levdia** unterzeichnete, der die Abtretung des gesamten Ili-Tales vorsah. Zwar konnte China durch weitere Verhandlungen, die zum **Vertrag von St. Petersburg** vom 24. Februar 1881¹⁶ führten, diese Abtretung bis auf einen kleinen Teil rückgängig machen, doch verlor es in der Folgezeit laufend kleinere Gebiete an

¹² Pommerening, H., a.a.O., S. 130; Hoetzsch, O., a.a.O., S. 71–72; Jackson, D., a.a.O., S. 46 f.

¹³ Die Begründung Rußlands für die Besetzung Sachalins war die, daß China mit dem Amur, der in mongolischer Sprache Sachalin-Ula hieß, auch die (gleichnamige) Insel abgetreten habe. Vgl.: Pommerening, H., a.a.O., S. 133 f.; Brahm, H., a.a.O., S. 11; Jackson, D., a.a.O., S. 50.

¹⁴ Pommerening, H., a.a.O., S. 134; Brahm, H., a.a.O., S. 12; Jackson, D., a.a.O., S. 47.

¹⁵ Eine wesentliche Rolle spielten dabei auch die englisch-russischen Beziehungen. Da an dieser Stelle nur die Grundzüge der Entwicklung der Grenzfrage dargestellt werden, sei auf dieses Problem hier nur verwiesen. Ausführliche Darstellungen dazu siehe: Wheeler, G., a.a.O., S. 65–96; Hoetzsch, O., a.a.O., S. 76–101; Jackson, D., a.a.O., S. 76–80, 120–124; Pommerening, H., a.a.O., S. 139–146; Bräker, Hans: Sinkiang im sowjetisch-chinesischen Spannungsfeld. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1970, Nr. 10 vom 7. 7. 1970, S. 3–37, sowie Koch, Erwin E.: *Der sowjetisch-chinesische Konflikt. Zur Vorgeschichte der Konfrontation im ostsibirischen Raum und in Zentralasien*. Ebd. S. 39–61.

¹⁶ Pommerening, H., a.a.O., S. 144 f.; Hoetzsch, O., a.a.O., S. 72. Vgl. auch Shu, J. C. Y.: *Ili Crisis*. Oxford: University Press; 1965.

Rußland. Maßgeblichen Anteil daran hatte die Politik Englands, insbesondere die englisch-russischen Beziehungen¹⁷.

Die Verträge von Aigun, Peking und St. Petersburg, der russisch-chinesische Freundschaftsvertrag sowie zahlreiche weitere Abkommen mit China hatten Rußland neben riesigen territorialen Gewinnen eine Vielzahl von Vorrechten auf dem Gebiet des Handels, des Verkehrswesens, der Erschließung von Bodenschätzen, der Erteilung von Konzessionen und exterritorialen Rechten in China gebracht¹⁸, so daß Rußland — von den europäischen Mächten fast unbemerkt — am Ende des neunzehnten Jahrhunderts zum wirklichen Gewinner an der Aufteilung Chinas geworden war, obwohl es an der „Öffnung“ Chinas als solcher nicht beteiligt war.

Die Bestimmungen über die Grenzziehung in den Verträgen von Aigun, Peking und St. Petersburg waren nur unter russischem Druck zustande gekommen, und sie sind es auch, die heute von den Führern der Volksrepublik China als ungleich, ungerecht und damit ungültig bezeichnet werden.

Die folgenden Jahrzehnte bis zum Ausbruch der russischen Revolution 1917, der der Sturz der Mandschu-Dynastie durch den Sozialrevolutionär Sun Yat-sen in China 1911 vorausging, standen im Zeichen der stillen Unterwanderung chinesischer Gebiete durch russische Agenten, vor allem im zentralasiatischen Raum, ohne daß es zum Abschluß weiterer Grenzverträge zwischen Rußland und China kam.

Als sich nach dem Sturz der Mandschu-Regierung die Äußere Mongolei von China lossagte, ihre Unabhängigkeit erklärte und sich im Vertrag mit Rußland vom 3. November 1912 unter dessen Schutz stellte, protestierte die neue chinesische Regierung sofort heftig gegen diese neue Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und verlangte gleichzeitig die Annullierung der früheren Grenzverträge mit Rußland¹⁹. Daraufhin wurde in einer gemeinsamen russisch-chinesischen Erklärung vom 3. November 1913 die chinesische Suzeränität über die Äußere Mongolei bestätigt, die durch eine gemeinsame Erklärung der Äußeren Mongolei, Chinas und Rußlands am 7. Juni 1915 bekräftigt wurde²⁰.

Von der jungen sowjetischen Regierung erhoffte sich China eine Änderung der russischen Chinapolitik und eine Revision der Grenzverträge, insbesondere nach den Erklärungen des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Leo M. Karachan, vom 25. Juli 1919 und 27. September 1920.

Darin hieß es: „Die Regierung der Russischen Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt alle Verträge, die zwischen der früheren Regierung Rußlands und Chinas

¹⁷ Pommerening, H., a.a.O., S. 146; Hoetzsch, O., a.a.O., S. 76–101. Vgl. auch: Lamb, Alistair: *Britain and Chinese Asia*. Routledge, 1960; Woodman, Dorothy: *Himalayan Frontiers: A Political Review of British, Chinese, Indian and Russian Rivalries*. New York: Praeger, 1970.

¹⁸ Pommerening, H., a.a.O., S. 138 f.

¹⁹ Doolin, Dennis J.: *Territorial claims in the Sino-Soviet Conflict*. Stanford: The Hoover Institution on War, Revolution and Peace, 1965, S. 14.

²⁰ Pommerening, H., a.a.O., S. 160. Die Abtrennung der Äußeren Mongolei stellt ein besonderes Kapitel in der Grenzfrage dar, auf das an dieser Stelle nur hingewiesen werden kann. Vgl.: Pommerening, H., a.a.O., S. 158–171, und: Mehnert, Klaus: *Peking und Moskau*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1963, S. 324 ff. Besonders: Rupen, Robert A.: *Mongols of the Twentieth Century*. Den Haag: Mouton & Co., 1961, S. 129–182; Tang, Peter S. H.: *Russia and Soviet Policy in Manchuria and Outer Mongolia 1911–1931*. Durham, Nord Carolina: Duke University Press, 1959.

abgeschlossen wurden, für ungültig, verzichtet auf alle Einverleibungen chinesischer Gebiete . . .“²¹

Obwohl sich Lenin selbst mehrmals gegen die „ungleichen Verträge“ ausgesprochen hatte²², so zeigten die eigentlichen Verhandlungen über die Grenzfrage zwischen chinesischen und sowjetischen Vertretern doch sehr bald, daß an eine Rückgabe irgendwelcher Gebiete durch die Sowjetunion nicht zu denken war. Im chinesisch-sowjetischen **Vertrag vom 31. Mai 1924** verzichtete die Sowjetunion lediglich auf ihre extraterritorialen Rechte in China und bestätigte die Zugehörigkeit der Äußeren Mongolei zu China. Über die Grenzfrage selbst waren nach diesem Vertrag Gespräche lediglich vorgesehen²³.

Unter Stalin lag der Schwerpunkt der sowjetischen Fernostpolitik in der Zwangsbesiedlung Sibiriens durch Jungbauern und Strafgefangene, die dafür ihre Freiheit zurückerhielten²⁴. Zugleich verstärkte er auch die Besiedlung Zentralasiens und versuchte, direkten Einfluß in der an Bodenschätzen reichen chinesischen Provinz Sinkiang zu nehmen, wobei er zuerst gegen den Einfluß der chinesischen Kommunisten unter Mao Tse-ming, dem Bruder Mao Tse-tungs, die hier eine Volksrepublik errichten wollten²⁵, und später gegen den Chiang Kai-sheks anzugehen hatte, der ein unabhängiges Sinkiang unter allen Umständen verhindern wollte²⁶. Erfolgreicher für die Sowjetunion verlief die Annektion des Gebietes Tannu-Tuwa (es liegt an der nordwestlichen Grenze der Äußeren Mongolei und umfaßt etwa 170 000 km²), das von russischen Siedlern total unterwandert wurde und unbemerkt von der Weltöffentlichkeit im Oktober 1944 als „Autonome Region Tuwa“ in die Sowjetunion eingegliedert wurde²⁷.

Anders als diese Versuche der sowjetischen Einflußnahme, die zum großen Teil im geheimen und ohne Wissen der Westmächte vor sich gingen, kam der sowjetisch-

²¹ Nach: Whiting, Allen S.: *Soviet Policies in China, 1917–1924*. New York: Columbia University Press, 1965, S. 272. Vgl. auch: Pommerening, H., a.a.O., S. 153.

²² Siehe dazu: Lowe, Donald M.: *The Function of „China“ in Marx, Lenin and Mao*. Berkeley: University of California Press, 1966, S. 64–71; Pommerening, H., a.a.O., S. 150–152.

²³ Ebd. S. 153–154; Brahm, H., a.a.O., S. 17; Doolin, D., a.a.O., S. 24; Bechtoldt, Heinrich: *Chinas Revolutionsstrategie*. München: Deutscher Taschenbuchverlag, 1964, S. 45.

²⁴ Koch, E. E., a.a.O., S. 53.

²⁵ Stalin konnte die Pläne der Kommunisten vereiteln, Mao und seine Gefährten wurden von den Uiguren vertrieben.

²⁶ Trotzdem gelang Stalin die wirtschaftliche Durchdringung Sinkiangs, und nur die energische Politik Chiangs verhinderte die Annektion der Provinz durch die SU auf der Grundlage des Vertrages vom 26. 11. 1940. Vgl. dazu: Bräker, a.a.O., S. 16–20; Koch, E. E., a.a.O., S. 53 f.; Hambly, G. (Hrsg.): *Zentralasien*. Fischer Weltgeschichte Bd. 16: Frankfurt 1966, S. 314–318; Wheeler, Geoffrey: *Sinkiang and the Soviet Union*. In: *The China Quarterly*, London 1963, Nr. 4. Ray, Hemen: *Sino-Soviet Rivalry in Sinkiang*. In: *Studies on the Soviet Union*, 1965, Nr. 3, S. 37–46; Lévy, Roger: *Les Confrontations Territoriales Sino-Russes. Particulièrement dans la Région de l'Ili, au Sinkiang*. In: *Politique Etrangère*, 1966, Nr. 2, S. 157, 172; Whiting, Alan S. u. General Sheng Shi-tsai: *Sinkiang: Pawn or Pivot?* East Lansing: Michigan State University Press, 1958. Zu den Ereignissen im Jahre 1945 besonders: *Continued revolts and unrest in Sinkiang Province; efforts to bring about a settlement of issues*. In: *Foreign Relations of the United States, 1945*. Washington: U. S. Government Printing Office, 1969, S. 985–1024.

²⁷ Nach 1921 und 1925 wurde die Unabhängigkeit Tuwas von der Sowjetunion ausdrücklich bestätigt; die Annektion selbst wurde geheim gehalten und erst 1946 bekannt. Seit Oktober 1961 heißt das Gebiet „Autonome Sozialistische Republik Tuwa“. Vgl. dazu: Pommerening, H., a.a.O., S. 171–174; Jackson, D., a.a.O., S. 61 f.

chinesische **Freundschaftsvertrag vom 14. August 1945** nur auf massiven Druck der USA zustande²⁸. In diesem Vertrag fiel die Insel Sachalin wieder an die Sowjetunion²⁹, wurden die ostchinesische und südmandschurische Eisenbahn wieder unter gemeinsame sowjetisch-chinesische Verwaltung gestellt³⁰, außerdem mußte China der Sowjetunion die Besetzung der beiden Häfen Port Arthur und Dairen zugestehen und — was zweifellos die härteste Bedingung war — die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei anerkennen³¹. Das einzige sowjetische Zugeständnis war das der Anerkennung der chinesischen Souveränität über Sinkiang, dem im Juni 1946 das **Abkommen von Urumschi** folgte³².

Im Zuge der Erfüllung des Vertrages von Jalta vom 11. Februar 1945 besetzten sowjetische Truppen Mitte August 1945 die Mandschurei, wo sie nur auf geringen japanischen Widerstand stießen. Nachdem Tschiang Kai-shek den sowjetischen Vorschlag einer gemeinsamen Verwaltung der Mandschurei vom 21. Januar 1946 abgelehnt hatte³³, zogen sich die sowjetischen Truppen im April des gleichen Jahres wieder aus dem Gebiet zurück — nicht ohne zuvor alle Industrieanlagen zu demonstrieren und in die Sowjetunion zu schicken. Zusätzlich hatte China für den sowjetischen Abzug eine hohe Reparation zu zahlen³⁴.

Zusammenfassung

Die Entwicklung der Grenzfrage von der ersten Begegnung der Kaiserreiche bis zum Sturz ihrer letzten Dynastien stand eindeutig unter den Auspizien der imperialistischen Expansion des Zarenreiches. Das chinesische Staatssystem und seine

²⁸ Dieser Vertrag war die Bezahlung für die Hilfe der Sowjetunion bei der Niederwerfung Japans. Die Bestimmungen des Vertrages wurden Stalin von den USA auf der Konferenz von Jalta zugesagt, China mußte also für die USA zur Kasse treten. Den Text des Vertrages siehe: Fischer, A. (Hrsg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik. S. 196. Vgl. auch: Mehnert, K., a.a.O., S. 309. Besonders: „Interest of the United States in the negotiation of the Sino-Soviet Treaty of August 14, 1945.“ In: Foreign Relations of the United States, a.a.O., S. 851–984.

²⁹ Die ursprünglich chinesische Insel wurde nach 1858 von Rußland annektiert, nach dem russisch-japanischen Krieg 1904–05 von Japan besetzt.

³⁰ Kurz zuvor waren die Bahnen von der Sowjetunion an Japan verkauft worden.

³¹ Eine am 20. 10. 1945 durchgeführte Volksbefragung in der Mongolischen VR bestätigte die endgültige Trennung von China. Am 13. 2. 1946 nahm China diplomatische Beziehungen zur Mongolischen VR auf. Siehe dazu: Jackson, D., a.a.O., S. 73–74; Pommerening, H., a.a.O., S. 158–171. Vgl. auch Anmerkung 20. Daß sich die Führer der VR China trotz Grenz- und Freundschaftsvertrag mit der Mongolischen VR mit der Abtrennung der Äußeren Mongolei nicht abgefunden haben, zeigte sich sehr bald. Vgl. dazu: Rupen, Robert H.: Mongolia in the Sino-Soviet Dispute. In: The China Quarterly, 1963, Nr. 4, S. 75–85; Kabermann, Heinz: Streitobjekt Mongolei. Rotchina greift nach Zentralasien. In: Die Politische Meinung, 1964, Nr. 91, S. 74–81; Olschok, B. C.: Die Mongolenfrage als außenpolitisches Problem. In: Ost-Probleme, 1965, Nr. 1, S. 17–27.

³² Die endgültige Besitznahme durch China erfolgte jedoch erst durch den Einmarsch kommunistischer Truppen am 26. September 1949. Vgl.: Jackson, D., a.a.O., S. 74–76. Siehe auch Anmerkung 26.

³³ Möglicherweise hat diese Ablehnung zu einer stärkeren Unterstützung der chinesischen Kommunisten durch Stalin geführt. Vgl.: Koch, E. E., a.a.O., S. 54.

³⁴ Jackson, D., a.a.O., S. 72–73. Vgl. auch: Tang, Peter S. H., a.a.O. (Anm. 20); besonders: Isaacs, Harold R.: No Peace for Asia. London: M. I. T. Press, 1967, S. 37–42.

Diplomatie zeigte sich der Machtpolitik der europäischen Seemächte in keiner Weise gewachsen, was Rußland geschickt für seine Interessen zu nutzen mußte.

Die Beziehungen des jungen Sowjetstaates zur chinesischen Republik begannen vielversprechend mit den sogenannten Karachan-Erklärungen, doch wurde sehr bald klar, daß die Sowjets ihre Politik in der Grenzfrage mit China nach den gleichen Prinzipien fortsetzte, die das russische Zarenreich praktiziert hatte. Unter der Maske eines Freundes des chinesischen Volkes sicherte sich die Sowjetunion zahlreiche Vorrechte, verstärkte die Unterwanderung vor allem der Provinz Sinkiang, annektierte Tannu-Tuwa und verhalf der Äußeren Mongolei zur Unabhängigkeit eines sowjetischen Satellitenstaates. Die sowjetischen Politiker, allen voran Stalin, nutzten dabei geschickt die Lage Chinas aus, das sich seit 1937 im Krieg gegen Japan zur Wehr setzen mußte und durch die Auseinandersetzungen im Innern mit den Kommunisten zusätzlich geschwächt war³⁵. Durch ihre zielstrebige Politik besaß die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges im Fernen Osten mehr Land und Rechte als je zuvor — auf ausschließliche Kosten der Republik China.

II. Die Grenzfrage zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China (1949—1969)

Unmittelbar nach der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 ging die neue chinesische Regierung unter der Führung Mao Tse-tungs mit aller Kraft an den Wiederaufbau des Landes, die Reorganisation von Wirtschaft und Verwaltung. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Grenzgebieten gewidmet, vor allem, da trotz des Vertrages vom August 1945 auch nach 1949 Sinkiang, die Innere Mongolei und die Mandschurei unter sowjetischem Einfluß standen³⁶. Zur Festigung der chinesischen Herrschaft in diesen Gebieten führte die Regierung große Umsiedlungsaktionen durch, die die Sinisierung der Grenzgebiete unter Ausschaltung der traditionellen Herrschaftsansprüche einzelner Volksgruppen zum Ziele hatten. In den folgenden Jahren wurden weitere „Indoktrinierungsprogramme“ durchgeführt, unter anderem eine Schriftreform, die nicht mehr auf dem kyrillischen, sondern auf dem lateinischen Alphabet beruhte³⁷.

Die Sowjetunion hatte den neuen chinesischen Staat einen Tag nach seiner Gründung anerkannt, bereits im Februar 1950 begab sich Mao auf seine erste Reise in das Ausland, nach Moskau, um dort einen Freundschafts-, Bündnis- und Beistands-

³⁵ Bei den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion von 1921 bis 1949 muß zwischen den Beziehungen der SU mit Chiang Kai-shek und den mit den Kommunisten unterschieden werden. Zu der keineswegs konsequenten sowjetischen Politik in dieser Zeit siehe: *Foreign Relations of the United States*, a.a.O.; Snow, Edgar: *Gast am anderen Ufer*. München: Kindler Verlag, 1964; Chiang Kai-shek: *Sowjetrußland in China*. Bonn: Athenäum-Verlag, 1958; Mehnert, K., a.a.O., besonders S. 299—313. Van Slyke, Lyman: *The China White Paper*. 2 Vols. Stanford: Stanford University Press, 1967.

³⁶ Vgl.: *Withdrawal of the Soviets from Manchuria and Singkiang*. In: Jackson, D., a.a.O., S. 80—81. Siehe auch Anmerkung 26.

³⁷ Der Schriftreform von 1956 wurde das kyrillische Alphabet zugrundegelegt, vier Jahre später wurde es durch das lateinische ersetzt. Zur Politik der VR China in den Grenzgebieten siehe: *Chinese Communist Reorganisation of the Borderland*. Jackson, D., a.a.O., S. 82—94.

vertrag sowie einige weitere Abkommen zu unterzeichnen³⁸. In den Jahren nach 1950 zog sich die Sowjetunion dann endgültig aus Sinkiang³⁹ und der Mandchurei zurück und ermöglichte dadurch die vollständige Kontrolle dieser strategisch wichtigen Gebiete durch China, während dieses die sowjetische Hegemonie in der Mongolischen Volksrepublik unangetastet ließ. Insgesamt waren sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China in diesem Zeitraum so gut wie nie zuvor in der Geschichte der beiden Reiche⁴⁰.

Die Entwicklung des Verhältnisses mit der Sowjetunion dieser ersten Jahre war vor allem für China günstig, doch erwies es sich bald, daß die chinesischen Politiker der Grenzfrage eine große Bedeutung beimaßen und sie nicht in ihrem Sinne geklärt betrachteten. So fand der erste bekannte Versuch Chinas, mit sowjetischen Politikern über diese Frage zu verhandeln, bereits 1954 statt, als der damalige Erste Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, zusammen mit dem Verteidigungsminister, Nikolai Bulganin, China besuchte. Nach dem Zeugnis Mao Tse-tungs weigerten sich die sowjetischen Politiker jedoch, über die Grenzfrage mit China auch nur zu diskutieren⁴¹. Der nächste Versuch, diese Frage zu klären, erfolgte durch Ministerpräsident Chou En-lai, der im Januar 1957 mit Chruschtschow über die Grenzfrage verhandelte und ihn aufforderte, neue Verträge zur Regelung der Grenzen mit China, Japan, den Nahost- und Ostblockstaaten sowie mit Finnland abzuschließen. Nach seinen eigenen Worten erhielt Chou jedoch keine befriedigende Antwort⁴². Mitte des Jahres 1957 klagten einige chinesische Intellektuelle während der „Hundert-Blumen-Bewegung“ die Sowjetunion an, in ihrer Chinapolitik die gleichen Methoden betrieben zu haben wie die „zaristischen Imperialisten“, doch

³⁸ Dabei handelte es sich um die Abkommen über die Rückgabe der mandschurischen Eisenbahn sowie der Häfen Port Arthur und Dairen und die Gewährung eines sowjetischen Kredites für China. Am 27. 3. 1950 wurden eine Reihe weiterer Abkommen, die vor allem der Wirtschaftsentwicklung Chinas dienten, abgeschlossen. Die Vertragstexte siehe: Herzer, R., und Mohr, W. (Bearb.): Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten. Wiesbaden: Harrassowitz, 1965.

³⁹ Einen interessanten Aspekt erfuhrt der sowjetische Rückzug aus Sinkiang durch eine Rundfunksendung Moskaus vom 15. 3. 1967, in der der sowjetische Kommentator Nikolai Petrow über die Verhandlungen Maos mit Stalin 1950 in Moskau berichtet, daß sich Mao strikt geweigert habe, Sinkiang das Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen. Damit habe Mao, so Petrow, „Lenins Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes verleugnet“ und gegen die Verfassung der VR China verstoßen. Vgl.: Düvel, Christian: Did Mao Tse-tung Refuse „Secession“ of Sinkiang from CPR? Radio Liberty Research Bulletin, 17. 3. 1967.

⁴⁰ Vgl. dazu: Jackson, D., a.a.O., S. 67–99; Koch, E. E., a.a.O., S. 54–57: Zur Wirtschaftshilfe der Sowjetunion siehe: Yuan-li Wu: The Spatial Economy of Communist China. London: Pall Mall, 1967, S. 85–90.

⁴¹ Dieser wohl erste chinesische Versuch, mit der Sowjetunion über die Grenzfrage zu verhandeln, wurde erst 1946 durch ein Gespräch bekannt, das Mao Tse-tung mit einer Delegation der Sozialistischen Partei Japans unter der Führung von Koza Sasaki am 10. Juli 1964 in Peking u. a. über das sino-sowjetische Verhältnis führte. Auszüge des Gesprächs siehe Doolin, Dennis J., a.a.O., S. 15, Dokumente (fortan: Dok.), S. 42–44. Vgl. dazu auch: Chang Tung-tsai: Sanzo Nosaka and Mao tse-tung. Taipeh: Institute of International Relations, 1967.

⁴² Auch dieses Gespräch wurde erst am 1. 8. 1964 durch ein Interview Chou En-lais in der japanischen Zeitung „Asahi Shimbun“ bekannt. Nach Chou wurde „die Angelegenheit geheimgehalten, weil der sino-sowjetische Konflikt zu dieser Zeit nicht öffentlich war“. Doolin, D., a.a.O., S. 19, Dok. S. 45–46.

wurden diese Äußerungen von der chinesischen Regierung unterdrückt⁴³. Diese chinesischen Versuche, mit der Sowjetunion über eine Revision der bestehenden Grenzen zu verhandeln, wurden jedoch von beiden Seiten vorerst geheim gehalten und erst mehrere Jahre später bekannt⁴⁴.

Seit 1960 wurde offenkundig, daß die „brüderliche Solidarität“ zwischen den beiden Staaten einer zunehmenden Divergenz über ideologische Fragen gewichen war, und dies war wohl für beide Seiten Grund genug, künftig auch die auferlegte Zurückhaltung bezüglich der Grenzfragen aufzugeben.

So kam es bei dem sich verschärfenden Disput über den sino-indischen Grenzkonflikt und die Kubakrise im Jahre 1962 auch zur ersten öffentlichen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China über die Grenzfrage: Auf chinesische Anklagen wegen des sowjetischen Verhaltens in der Kubakrise antwortete Chruschtschow mit Angriffen auf die Politik Chinas in Hongkong und Macao⁴⁵. Die chinesische Replik⁴⁶ war äußerst scharf und stellt die erste Äußerung der Volksrepublik China über „ungleiche Verträge“ mit der Sowjetunion dar. Namentlich erwähnt wurden die Verträge von Aigun (1858), Peking (1860) und Ili (St. Petersburg, 1881), mit der Drohung, daß China die „Rechnung präsentieren“ werde, wenn die „Zeit dazu reif“ sei, bis dahin würde es den status quo aufrecht erhalten⁴⁷. Damit waren die Fronten bezogen — die Grenzfrage wurde fortan in die beiderseitige Polemik mit einbezogen. Am 6. September 1963 beschuldigte die Volksrepublik China die Sowjetunion der Grenzverletzung und Subversion in Sinkiang⁴⁸, worauf die Sowjetunion am 21. September mit einer Aufzählung chinesischer Grenzverletzungen antwortete. Allein im Jahre 1962 sollen danach die Chinesen 5000 Zwischenfälle verursacht haben⁴⁹. Im November machte die Sowjetunion China den Vorschlag, über die Abschnitte der gemeinsamen Grenze in Verhandlungen zu treten, an denen es zu Auseinandersetzungen gekommen war⁵⁰. Die Antwort des Zentralkomitees der KP Chinas vom Februar 1964 machte jedoch klar,

⁴³ So z. B. Huang Chi-hsiang, ein Nationalist, der in einem Hsinhua-Artikel vom 29. 7. 1957 angeklagt wurde. Vgl. Doolin, D., a.a.O., S. 19.

⁴⁴ Vgl. Anmerkungen 41 und 42. Allgemein hat sich bei der Untersuchung des sino-sowjetischen Konfliktes gezeigt, daß beide Seiten es vorziehen, sich im nachhinein vice versa zu beschuldigen, wobei die entsprechenden Ereignisse auch Jahre zurückliegen können. Besonders deutlich wurde dies durch die Ereignisse während der Kulturrevolution, die eine Fülle unbekanntes Materials über den sino-sowjetischen Konflikt bekannt machte.

⁴⁵ Chruschtschow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 12. 12. 1962. Vgl. Doolin, D., a.a.O., S. 19, Dok. S. 27–28.

⁴⁶ Die chinesische Antwort war offiziell an die KP der USA gerichtet, die die sowjetischen Vorwürfe aufgegriffen hatte. Vgl. Doolin, D., a.a.O., S. 28–29.

⁴⁷ Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), 8. 3. 1962; Englische Fassung in „Peking Review“ vom 15. 3. 1963; in deutscher Sprache: Floyd, David: Die feindlichen Genossen. München: Knaur Nachf., 1964, S. 384–386; vgl. auch Doolin, D., a.a.O., S. 19; Gittings, John: Survey of the Sino-Soviet dispute. London: Oxford University Press, 1968, S. 158; Jackson, D., a.a.O., S. 116–117.

⁴⁸ Vgl. Doolin, D., a.a.O., S. 20, Dok. 31–32; Gittings, J., a.a.O., S. 162.

⁴⁹ Vgl. Doolin, D., a.a.O., S. 20, Dok. S. 32–33; Gittings, J., a.a.O., S. 162. Diese Zahl erscheint unverhältnismäßig hoch, doch entspricht sie den sowjetischen Angaben. Siehe auch: Schmahl, Wolfgang: Die Wacht am Amur. Eine Grenze wird heiß. In: Die Politische Meinung, 1963, Nr. 88, S. 86–89.

⁵⁰ Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 29. 11. 1963; vgl. Gittings, J., a.a.O., S. 162–163.

daß China nur über die gesamte Grenzziehung als solche verhandeln wollte und eine Revision der „ungleichen Verträge“ wünschte⁵¹. Die gemeinsamen Verhandlungen begannen Mitte Februar 1964 in Peking⁵², wurden jedoch — nach sowjetischen Angaben — am 28. September abgebrochen und nicht wieder aufgenommen⁵³. Kurze Zeit vor Beginn der Verhandlungen, am 31. Dezember 1963, hatte der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow eine Botschaft an alle Staats- und Regierungschefs gesandt, in der er dazu aufforderte, territoriale Streitfragen nur auf friedlichem Wege zu lösen und ein entsprechendes internationales Abkommen zu schließen⁵⁴. Die sowjetische Initiative wurde vom Westen in direkten Zusammenhang mit der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage gebracht, während China offiziell davon keine Notiz nahm. In dem bereits erwähnten Interview Mao Tse-tungs vom Juli 1964 beschuldigte Mao die Sowjetunion, in Asien und Europa eine Politik des „territorialen Ehrgeizes“ zu betreiben, und erklärte weiter, daß sich die Volksrepublik China darauf vorbereite, „ihren Krieg ... gegen die KPdSU weitere 25 Jahre“ führen zu müssen⁵⁵. Die Sowjetunion antwortete am 2. September mit einem Artikel in der Parteizeitung „Prawda“ und beschuldigte Mao des Verfolgs einer „Lebensraumpolitik“ und verglich ihn mit Tojo und Hitler⁵⁶.

In den folgenden Wochen und Monaten erhitze sich die Kontroverse über die Vorgänge in Sinkiang: während die Sowjetunion von Unterdrückung und Konzentrationslagern sprach⁵⁷, beschuldigte China die Sowjetunion der Subversion und der Anstiftung von Aufruhr⁵⁸ und veröffentlichte mehrere geographische Darstellungen, die die chinesischen Forderungen „schwarz auf weiß“ zeigten⁵⁹.

Im Oktober 1964 publizierte die Sowjetunion die bis dahin ausführlichste Darstellung ihrer Position in der Grenzfrage, die auch die bislang einzige sowjetische Stellungnahme zu den chinesischen Ansprüchen westlich des Balchasch-Sees enthält⁶⁰.

Während des Jahres 1965 blieb es um die Grenzfrage verhältnismäßig ruhig, sie wurde erst im Mai 1956 durch den chinesischen Außenminister Chen Yi erneut auf-

⁵¹ Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU vom 29. 3. 1964; ebd. S. 163–164; Doolin, D., a.a.O., S. 37.

⁵² Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug berichtete vom Beginn der Gespräche, Doolin, D., a.a.O., S. 37.

⁵³ Die sowjetische Meldung darüber erfolgte einige Jahre später, am 31. 8. 1967 durch die Nachrichtenagentur TASS. Vgl. Gittings, J., a.a.O., S. 159.

⁵⁴ Botschaft des Ministerpräsidenten Chruschtschow an alle Staatsoberhäupter über die Regelung territorialer Fragen. TASS, 3. 1. 1964. Vgl. Doolin, D., a.a.O., S. 33–36; Bechtoldt, H., a.a.O., S. 238.

⁵⁵ Vgl. Anmerkung 41, siehe auch Bechtoldt, H., a.a.O., S. 238. Die einzige europäische Unterstützung der chinesischen Beschuldigung kam von der rechtsextremen „Deutschen National- und Soldatenzeitung“, die Mao Tse-tungs Argumentation aufgriff und am 21. 8. 1964 eine Karte mit den chinesischen und deutschen Gebietsforderungen an die Sowjetunion publizierte. Doolin, D., a.a.O., S. 22, Dok. S. 66–68.

⁵⁶ „In Bezug auf Mao Tse-tungs Gespräch mit einer Gruppe japanischer Sozialisten.“ Prawda, 2. 9. 1964; Doolin, D., a.a.O., S. 47–57.

⁵⁷ Prawda, 23. 9. 1963.

⁵⁸ Hsinhua, 28. 4. 1964; Doolin, D., a.a.O., S. 65–66.

⁵⁹ Die Karten, die auch in den chinesischen Lehrbüchern von 1954 abgedruckt waren (Bechtoldt, a.a.O., S. 239), waren dieselben, die bereits Sun Yat-sen und Tschiang Kai-shek den Sowjets vorgelegt hatten (Doolin, a.a.O., S. 15).

⁶⁰ Chwostow, V. M.: Die chinesische „Rechnung“ und die geschichtliche „Wahrheit“. Meshdunarodnaja Shisn, Oktober 1964.

geworfen, als er die Sowjetunion für mehr als 5000 Grenzzwischenfälle in der Zeit von Juli 1960 bis 1965 verantwortlich machte⁶¹.

Während der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ (fortan: GPKR) begann die sowjetische Presse erneut, Berichte über die Unterdrückung und Verfolgung der chinesischen Minderheiten zu veröffentlichen, die sich seit Beginn der GPKR verstärkt hätten⁶². Anfang 1967 kam ein neues Moment in die Auseinandersetzungen um die Grenze, das die Möglichkeit einer weiteren Verschärfung des Konfliktes in sich barg, als die chinesischen Arbeiter über Rundfunk aufgerufen wurden, sich auf einen Kampf zur „Verteidigung der Grenzen“ vorzubereiten. Die Arbeiter wurden aufgefordert, die Produktion zu erhöhen und die Anstrengung — im Kampf gegen die „Reaktionäre inner- und außerhalb Chinas“ — zu verstärken, deren Ziel die „Zerstörung der Kulturrevolution Maos“ sei⁶³. Im Februar⁶⁴ und im Juli 1967⁶⁵ berichtete die sowjetische Presse über Grenzzwischenfälle mit Rotgardisten, und auch in der Folgezeit blieben die chinesischen Grenzregionen Gegenstand der sowjetischen Propaganda. Während des Jahres 1968 beschuldigten sich Rußland und China gegenseitig, militärische Vorbereitungen an der Grenze zu treffen und die Grenzgebiete in verstärktem Maße zu besiedeln⁶⁶, ohne daß von weiteren Zwischenfällen berichtet wurde.

Zusammenfassung

So vielversprechend die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Staaten begonnen hatten, so zeigte sich doch sehr bald, daß — neben den ideologischen Differenzen — die Grenzfrage ihre zentrale Bedeutung auch in den Beziehungen der Volksrepublik China zur Sowjetunion beibehalten hatte. Da sowohl China als auch die sowjetischen Führer eine nahezu kompromißlose Haltung einnahmen, war die Grenzfrage bald integraler Bestandteil des sino-sowjetischen Konfliktes. Nach von beiden Seiten berichteten Zwischenfällen an der gemeinsamen Demarkationslinie herrschte besonders während der Zeit der Großen Proletarischen Kulturrevolution eine gespannte Situation entlang der Grenze, doch wurden lediglich kleinere Grenzverletzungen gemeldet.

III. Die Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Grenzfrage seit dem März 1969

1. Die Grenzzwischenfälle seit März 1969

Ohne jeglichen Hinweis auf die bevorstehenden Ereignisse wurde die Weltöffentlichkeit am Morgen des 3. März 1969 von Berichten über Kämpfe zwischen chinesischen und sowjetischen Grenztruppen auf der Insel Damanski (chinesisch: Chenpao)

⁶¹ Vgl. Gittings, J., a.a.O., S. 160. Siehe auch: Frenze, Dietrich: Die Gebietsforderungen der VR China gegenüber der Sowjetunion. In: Europa Archiv, 1965, Nr. 21, S. 812–820.

⁶² Literaturnaja Gasieta, Januar 1967. Siehe auch Gittings, J., a.a.O., S. 160; Krasnaja Swesda, 10. 3. 1967.

⁶³ New York Times, 22. 2. 1967, nach: Jackson, D., a.a.O., S. 123–124.

⁶⁴ Komsomolskaja Prawda, 23. 2. 1967.

⁶⁵ Prawda, 18. 7. 1967.

⁶⁶ Vgl. dazu u. a. Tanjug, 14. 3. 1968; Hsinhua, 29. 9. 1968; Hsinhua, 7. 11. 1968; Iswestija, 2. 12. 1968; Hsinhua, 2. 12. 1968; Jen-min Jih pao, 23. 1. 1969.

im Ussuri-Fluß überrascht. In umfangreichen Noten⁶⁷ schilderten beide Seiten ausführlich die Vorfälle der letzten Nacht, bezichtigten sich gegenseitig der Aggression und ließen damit die entscheidende Frage nach dem „agent provocateur“, der die Kämpfe auslöste, unbeantwortet.

Peking nahm die „Kämpfe am Ussuri“ zum Anlaß für eine groß angelegte anti-sowjetische Propagandaaktion, die in einer Fülle von antisowjetischen Artikeln⁶⁸ in der chinesischen Presse und Massendemonstrationen im ganzen Land ihren Ausdruck fanden⁶⁹. Die Sowjetunion tat ein Gleiches: In einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministeriums am 7. März behauptete der Leiter des Presseamtes, L. M. Samjatin, daß etwa 300 Chinesen am Ussuri das Feuer auf sowjetische Grenz-wachen eröffnet hatten⁷⁰, sprach von 31 Toten und 14 Verwundeten, die Rußland zu beklagen habe, und zeigte Fotos vom Kampfschauplatz⁷¹. Am 7. und 8. März kam es zu Protestdemonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Moskau und das sowjetische Fernsehen zeigte einen halbstündigen Bericht über die Grenzgebiete⁷². Am 11. März wurden die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Japans durch die sowjetischen Botschafter des entsprechenden Landes offiziell über den Grenzkonflikt informiert⁷³, ein Schritt, der die Bedeutung dieses Grenzkonfliktes in ein neues Licht rückte. Während die Protestaktionen in China und in der Sowjetunion noch im vollen Gange waren, meldeten beide Staaten am 15. März neue schwere Kämpfe auf Damanski⁷⁴. Wieder kam es zum Austausch von Protestnoten und zu Propagandafeldzügen auf beiden Seiten. Dabei entdeckte die sowjetische Propaganda eine Beziehung zwischen der Bundesrepublik und den „chinesischen Provokationen“ und stellte fest, daß es „... einen klaren Zusammenhang zwischen dem maoistischen Irredentismus und dem derjenigen westdeutscher Politiker“ gibt, „die vor allem die Grenzen Europas verändern wollen“⁷⁵.

In den beiderseitigen Propagandakampagnen wurden in der Folgezeit zahlreiche Berichte über die Kämpfe selbst⁷⁶ und über die Verteidigungsbereitschaft der

⁶⁷ Die Texte der Noten siehe: Offizielle Erklärungen. In: Osteuropa 19 (1969) Nr. 8, S. A 77–91, und: Ussuri-Kämpfe I: Dokumentation der beiden Frontberichte. In: China-Analysen, 1969, Nr. 4, S. 1–4.

⁶⁸ So z. B. waren drei der sechs Seiten der Jen-min Jih-pao vom 4. 3. 1969 antisowjetischen Artikeln gewidmet.

⁶⁹ Nach Hsinhua vom 7. 3. 1969 nahmen insgesamt 260 Millionen Menschen an den Demonstrationen teil. Siehe auch NZZ, 8. 3. 1969.

⁷⁰ Nach der sowjetischen Protestnote vom 3. 3. 1969 waren es „etwa 200“ gewesen.

⁷¹ Neuer Höhepunkt im Konflikt Moskau–Peking. SZ, 8. 3. 1969.

⁷² Demonstration vor Pekings Botschaft. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 8. 3. 1969. Auch die VR China produzierte einen Film über „Chinafeindliche Gewalttaten der neuen Zaren“, den sie auch an das Ausland weitergab. Vgl. dazu: Pekings Propagandafilm erregt Aufsehen. In: China-Analysen, 1969, Nr. 9, S. 20–25.

⁷³ SZ, 13. 3. 1969. NZZ, 14. 3. 1969. Diese sowjetischen Demarchen verfolgten wohl weniger die Absicht, Rückhalt für den sowjetischen Standpunkt von diesen Staaten zu erhalten, wie man anfangs vermutete, es dürfte sich eher um eine Absteckung der sowjetischen Position gehandelt haben, um eine Warnung also.

⁷⁴ Hsinhua, 15. 3. 1969; TASS, 16. 3. 1969; Agence France Presse (afp), Moskau, 15. und 16. 3. 1969; Wortlaut der sowjetischen Note in NZZ, 17. 3. 1969; FAZ, 15. 3. 1969.

⁷⁵ Radio Moskau, 21. 3. 1969, nach Iswestija, 21. 3. 1969; vgl. auch Radio Moskau, 19. 3. 1969, nach Krasnaja Swesda, 19. 3. 1969.

⁷⁶ Siehe z. B.: Die Insel Dschenbao ist seit jeher chinesisches Eigentum. Peking Rundschau, 1969, Nr. 11, S. 16 ff; Schmachvolles Ende der sowjet-revisionistischen Eindringlinge. China

Grenztruppen veröffentlicht⁷⁷. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Sowjetunion durchaus bereit war, mit China über die Grenzfrage zu verhandeln⁷⁸, was Kossygin durch ein telefonisches Verhandlungsangebot an Peking am 18. März bestätigte⁷⁹. Ende März kam es dann zu weiteren Kämpfen am umstrittenen Grenzabschnitt⁸⁰ und zu einem neuen, schriftlichen Verhandlungsangebot der Sowjetunion⁸¹.

Am 1. April wurde in Peking mit großem propagandistischen Aufwand der IX. Parteitag der kommunistischen Partei Chinas eröffnet, der die Ereignisse an der fernen Grenze vorübergehend in den Hintergrund rücken ließ. Die erste Reaktion Chinas auf die Verhandlungsinitiative erfolgte am gleichen Tag durch den Verteidigungsminister Lin Piao, der erklärte, daß China „die Angebote aus Moskau prüft“⁸². In ihrer Note vom 11. April präzisierte die Sowjetunion ihr Angebot zu Verhandlungen und schlug als Zeitpunkt den 15. April vor⁸³. Das offensichtliche sowjetische Interesse an Verhandlungen zeigte sich auch in einer weiteren Note vom 26. April, in der angeregt wurde, die seit 1964 unterbrochenen Gespräche der gemeinsamen Kommission für Grenzschiffsfragen wieder aufzunehmen⁸⁴. Berichte über chinesische Grenzverletzungen in Kasachstan aus „gut informierten kommunistischen Kreisen in Moskau“⁸⁵ wurden von China sofort dementiert⁸⁶. Am 11. Mai nahm China den sowjetischen Vorschlag vom 26. April auf und schlug vor, Mitte Juni in Chabarowsk (chinesisch: Poli) mit Verhandlungen zu beginnen⁸⁷. Mitte Mai erschienen chinesische Berichte über neue Zwischenfälle im Ussuri-Gebiet⁸⁸ und am 24. Mai veröffentlichte Peking eine umfangreiche „Erklärung der Volksrepublik China“ zu den Grenzstreitigkeiten⁸⁹. Darin wurde die Sowjetunion der Provokation von 4189 Grenzzwischenfällen

im Bild, 1969, Nr. 5, S. 8 ff, und zahlreiche weitere Artikel in diesen Publikationen. Sowjetische Darstellungen: Chinese provocations against Soviet Union. Soviet Review (für Indien), 1969, Nr. 20, mit einer ganzen Reihe von Artikeln über den Konflikt. Frontberichte vom Ussuri – in Moskau und Peking ausgegeben. Die Welt, 21. 3. 1969; Moskau schickt Neusiedler nach Fernost. SZ, 21. 3. 1969.

⁷⁷ Ebd.; westliche Berichte u. a.: China weicht Grenzvereinbarungen aus. SZ, 20. 3. 1969; Fortsetzung des sowjetisch-chinesischen Wortkrieges. NZZ, 20. 3. 1969; Karl Marx stirbt am Ussuri. Die Zeit, 21. 3. 1969.

⁷⁸ „Le Monde“, 14. 5. 1969; SZ, 20. 3. 1969.

⁷⁹ Bekannt durch die Dokumente des 9. Parteitages der KP Chinas: Lin Piao, in: Report to the Ninth National Congress of the Communist Party of China. Hsinhua, 27. 4. 1969.

⁸⁰ Neue Kämpfe am Ussuri. SZ, 29. 3. 1969; Tanjug, 35. 3. 1969.

⁸¹ Erklärung Moskaus zu den Zwischenfällen am Ussuri. Verhandlungsangebot an Peking. NZZ, 31. 3. 1969; Moskau schlägt Peking Grenzgespräche vor. SZ, 31. 3. 1969.

⁸² Lin Piao, in: Report to the Ninth National Congress of the Communist Party of China. Hsinhua, 27. 4. 1969; vgl. auch SZ vom 29. 4. 1969; Peking prüft Moskaus Angebot.

⁸³ TASS, 11. 3. 1969; vgl. auch: Der sowjetisch-chinesische Grenzstreit. NZZ, 14. 4. 1969; Moskau dringt auf Gespräche mit Peking. SZ, 14. 4. 1969.

⁸⁴ „Le Monde“, 14. 5. 1969; NZZ, 2. 5. 1969; Deutschlandsender, 3. 5. 1969; SZ, 13. 5. 1969.

⁸⁵ „Le Monde“, 14. 5. 1969; Deutsche Presseagentur (dpa), 11. 3. 1969; SZ, 13. 5. 1969.

⁸⁶ Laut Auskunft chinesischer Botschaftsbeamter, nach: dpa, Moskau, 16. 5. 1969; Schweigen über den neuen Grenzzwischenfall. SZ, 17. 5. 1969.

⁸⁷ Hsinhua, 11. 5. 1969; Peking zu Gespräch mit Moskau bereit. SZ, 13. 5. 1969; Die sowjetisch-chinesische Grenzflußschiffahrt. NZZ, 13. 5. 1969.

⁸⁸ Radio Peking, 12. 5. 1969, nach: Radio Prag, 12. 5. 1969, 21.30 Uhr.

⁸⁹ Erklärung der Volksrepublik China. Beilage zu China im Bild, 1969, Nr. 8; Hsinhua, 24. 5. 1969.

in der Zeit vom 15. Oktober 1964 bis 15. März 1969 beschuldigt, gleichzeitig aber auch die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft Chinas erklärt⁹⁰.

Vom 5. bis 17. Juni tagte in Moskau die Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, begleitet von neuen chinesischen Berichten über Grenzzwischenfälle⁹¹, am 18. Juni begannen in Chabarowsk die Gespräche der Grenzschiffahrtskommission⁹².

Nach den schweren Auseinandersetzungen im März schien diese Entwicklung auf eine Entspannung im sino-sowjetischen Konflikt hinzudeuten, doch Anfang Juli kam es zu neuen schweren Auseinandersetzungen zwischen chinesischen und sowjetischen Grenztruppen, diesmal um die Insel Pacha im Heilungkiang-Fluß, nördlich von Chabarowsk⁹³. Diese Kämpfe schienen auch die Verhandlungen der Grenzschiffahrtskommission zu beeinträchtigen, wie zwei widersprüchliche sowjetische Meldungen vom 13. Juli zeigten⁹⁴. Anfang August konnten diese Gespräche jedoch mit der Unterzeichnung eines Protokolls über die Wiederaufnahme der Schifffahrt auf den Grenzflüssen abgeschlossen werden⁹⁵. Berichte von weiteren heftigen Kämpfen einige Tage später im Grenzgebiet von Sinkiang⁹⁶ ließen den Eindruck entstehen, daß die Kämpfe an der langen Grenze im Fernen Osten einem Höhepunkt zustrebten. Am 10. September veröffentlichte die Sowjetunion eine Aufstellung, nach der in den letzten drei Monaten von China 488 Zwischenfälle provoziert worden seien⁹⁷.

Eine unerwartete Wendung nahm diese Entwicklung durch den überraschenden Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin am 11. September 1969 in Peking⁹⁸. Die chinesische Note vom 8. Oktober⁹⁹, nach der bei diesem Gespräch die Aufnahme von Grenzverhandlungen zwischen stellvertretenden Außenministern in Peking, deren Ziel eine Übereinkunft zur Wahrung des status quo an der Grenze sei, vereinbart wurde, zeigte, daß nunmehr doch beide Seiten an einem gewissen Ausgleich der Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen interessiert waren.

⁹⁰ „Die chinesische Regierung ist der Auffassung, daß Verhandlungen über eine Gesamtregelung der chinesisch-sowjetischen Grenz-Frage sowie über den Abschluß eines neuen gleichen Vertrages anstatt der alten ungleichen Verträge stattfinden sollen ...“ Hsinhua, 24. 5. 1969.

⁹¹ Hsinhua, 6. 6. 1969; Scharfe Protestnote Pekings an Moskau. SZ, 7. 6. 1969.

⁹² TASS, 22. 6. 1969; Gespräche über Grenzschifffahrt. SZ, 23. 6. 1969; Verhandlungen in Chabarowsk. NZZ, 23. 6. 1969; Hsinhua, 6. 7. 1969.

⁹³ Scharfer Protest des chinesischen Außenministeriums wegen Eindringens sowjetischer Grenztruppen auf die chinesische Insel Pacha. Hsinhua, 8. 7. 1969; TASS, 8. 7. 1969; vgl. auch: Neuer Grenzzwischenfall Moskau—Peking. SZ, 10. 7. 1969; Weiterer chinesisch-sowjetischer Grenzzwischenfall. NZZ, 10. 7. 1969.

⁹⁴ Beides TASS, 12. 7. 1969; vgl. auch: Grenzverhandlungen doch fortgesetzt. FAZ, 14. 7. 1969.

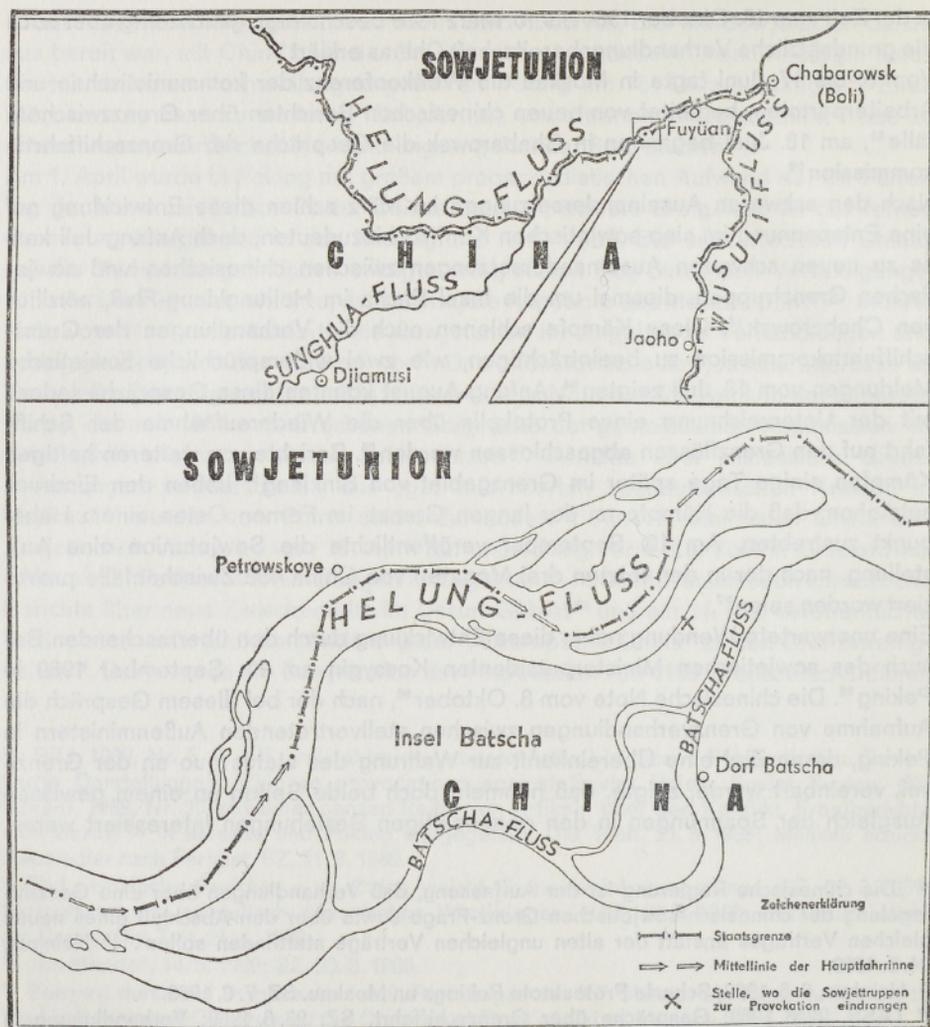
⁹⁵ Gespräche UdSSR—China in Chabarowsk beendet. Neues Deutschland, 9. 8. 1969; Wieder Schiffe auf dem Ussuri. FAZ, 11. 8. 1969.

⁹⁶ Hsinhua, 16. 8. 1969; Sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN, 13. 8. 1969; „Le Monde“, 15. 8. 1969; Blutiger Zwischenfall: Moskau und Peking beschuldigen sich. FAZ, 14. 8. 1969.

⁹⁷ Dokument über bewaffnete Provokationen der chinesischen Behörden an der sowjetisch-chinesischen Grenze. TASS, 10. 9. 1969.

⁹⁸ Angeblich soll dieses Gespräch durch Vermittlung rumänischer Kommunisten in Nord-Vietnam zustande gekommen sein; vgl. auch: Kossygin bei Tschou En-lai. SZ, 12. 9. 1969.

⁹⁹ Dokument des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der VR China vom 8. Oktober 1969. Hsinhua, 8. 10. 1969.



„Kartenskizze von der chinesisch-sowjetischen Grenzlinie im Gebiet um chinesisches Territorium, die Insel Batscha“

Aus: Peking Rundschau, Nr. 28/1969, S. 8

Dies kam auch in dem bemerkenswerten Passus zum Ausdruck, daß es „... für China und die Sowjetunion überhaupt keinen Grund gibt, einen Krieg wegen der Grenzfrage zu führen“¹⁰⁰. China hielt jedoch an seinem Grundsatz fest, daß die „alten ungleichen Verträge ungültig“ und durch „einen neuen gleichen chinesisch-sowjetischen Vertrag“ zu ersetzen seien¹⁰¹. Die sowjetische Regierungsdelegation

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd. China widersetzt sich damit dem sowjetischen Standpunkt, nur über einige bestimmte Abschnitte der Grenze verhandeln zu wollen.

unter der Leitung des Ersten stellvertretenden Außenminister Kusnetzow traf am 19. Oktober in Peking ein¹⁰², bereits einen Tag später, am 20. Oktober, begannen die Grenzverhandlungen¹⁰³. Sie wurden unter strenger Geheimhaltung geführt und nur zweimal, vom 24. Dezember 1969 bis zum 2. Januar 1970¹⁰⁴ und vom 18. April bis zum 8. Mai 1970¹⁰⁵, durch Reisen Kusnetzows nach Moskau unterbrochen. Am 30. Juni mußte Kusnetzow von seinem Posten als Verhandlungspartner wegen Krankheit abgelöst werden¹⁰⁶, er wurde am 14. Juli durch Leonid Ilitschew ersetzt¹⁰⁷.

Von Anbeginn der Verhandlungen¹⁰⁸ bis zum Ende des Berichtszeitraumes (15. September 1970) wurde die heftige Propagandakampagne von beiden Seiten unvermindert fortgesetzt, die sich zum großen Teil auf die Kriegsvorbereitungen bezogen, die man sich vice versa vorwarf¹⁰⁹, ohne daß jedoch weitere Grenzverletzungen gemeldet wurden. Ungeachtet dessen blieben die Verhältnisse im Grenzkonflikt gespannt und lassen einen neuen Ausbruch von Feindseligkeiten jederzeit als möglich erscheinen.

2. Die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen in Peking

Die unerwartet schnelle Einigung über die Abhaltung gemeinsamer Grenzverhandlungen ist zweifellos durch den Besuch Kossygin in Peking¹¹⁰ ermöglicht worden und war in mancher Hinsicht überraschend. Zwar hatten sowohl die Sowjetunion als auch die Volksrepublik China immer erklärt, daß sie eine friedliche Lösung der Grenzfrage wünschten, doch hatten beide zur Vorbedingung gemacht, daß jeweils die andere Seite ihre Haltung in dieser Frage aufgäbe. So bestand die Volksrepublik China darauf, daß Verhandlungen zwischen Vertretern Chinas und der Sowjetunion nur über einen neuen, gleichen Vertrag geführt werden könnten¹¹¹. Die Sowjetunion vertrat dabei die Ansicht, daß diese Verträge zu Recht bestünden und daß Verhandlungen über die Grenze allenfalls kleinere Grenzkorrekturen zum Gegenstand haben könnten¹¹². Das Zustandekommen der Verhandlungen ist also auf ein Einlenken Pekings zurückzuführen, dessen Ursachen nicht bekannt sind, zweifellos aber mit dem Gespräch Kossygin—Chou En-lai zusammenhängen, eventuell auch unter sowjetischem Druck zustande kam. Grundlegende Bedeutung kommt auch dem chinesischen Standpunkt zu, der davon ausgeht, daß

¹⁰² Moskauer Delegation in Peking. SZ, 20. 10. 1969; Le Monde, 10. 10. 1969.

¹⁰³ TASS, 20. 10. 1969.

¹⁰⁴ TASS, Moskau, 13. 12. 1969; vgl. auch: Unterbrechung der Peking Grenzverhandlungen. NZZ, 15. 12. 1969; TASS, Peking, am 2. 1. 1970 gemeldet.

¹⁰⁵ Kusnetzow hielt sich zu den Leninfeiern und zur Berichterstattung in Moskau auf. TASS, Moskau, 10. 6. 1970.

¹⁰⁶ Nach Radio Budapest vom 30. 6. 1970.

¹⁰⁷ Tanjug, 14. 7. 1970.

¹⁰⁸ Neue Moskauer Polemik zum Beginn der Gespräche in Peking. FAZ, 20. 10. 1969.

¹⁰⁹ Als Beispiel seien hier nur erwähnt: Militarisierung der Wirtschaft Chinas. TASS, 24. 2. 1970; Moskau: China spart für den Krieg. FAZ, 18. 2. 1970; Spektakuläre Kriegsvorbereitungen in China. NZZ, 24. 12. 1969. Vgl. auch Kapitel III, Abschnitt 4.

¹¹⁰ Über das Zustandekommen des Besuchs siehe: Duevel, Christian: Kossygin's Surprise Visit to Peking. Radio Liberty Research Bulletin. 1969. Nr. 37, 17. 9. 1969; Das Treffen Alexej Kossygin/Chou En-lai. In: China-Analysen, 1969, Nr. 9, S. 20—25.

¹¹¹ Vgl. Anmerkung 101.

¹¹² Vgl. die Note der Sowjetunion vom 13. 6. 1969, Prawda, 14. 6. 1970.

Verhandlungen auf der Grundlage des status quo abgehalten werden sollen¹¹³ sowie der Tatsache, daß die Volksrepublik China in keiner ihrer Noten seit dem März 1969 bisher die Rückgabe irgendwelcher Gebiete durch die Sowjetunion verlangt hat. Demnach ergibt sich, daß das Ziel der chinesischen Politik in der Grenzfrage ein sowjetisches Zugeständnis ist, durch „ungleiche Verträge“ zwischen Rußland und China zu Unrecht im Besitz chinesischer Gebiete zu sein. Die Ansprüche Chinas scheinen also nicht territorialer, sondern eher ideeller Natur zu sein, zielen auf eine Art Emanzipation Chinas nach Jahrhunderten der Benachteiligung und Übervorteilung durch Rußland und die Sowjetunion ab¹¹⁴.

Dieser Sachverhalt stellt jedoch keine Vereinfachung der Problematik der Grenzfrage dar, da sich die Sowjetunion ein derartiges Zugeständnis nicht leisten kann, zumal sich beide Seiten öffentlich so festgelegt haben, daß eine Aufgabe des Standpunktes einer Kapitulation gleichkäme und einen beträchtlichen Prestigeverlust der Sowjetunion bedeuten würde. (Und wie groß wäre die Gefahr, daß künftig auch andere Staaten ihre Grenze mit der Sowjetunion in Zweifel ziehen!) Aus all diesem ergibt sich, daß die Erfolgsaussichten für die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen denkbar gering waren und sind¹¹⁵.

Die absolute Geheimhaltung in der die Verhandlungen geführt wurden, hatten — eine fast schon gewohnte Erscheinung beim Verfolg des sino-sowjetischen Konfliktes — zwar eine Reihe von Vermutungen und Gerüchten zur Folge, die sich jedoch sämtlich als unzutreffend erwiesen. Außer gelegentlichen propagandistischen Äußerungen in der sowjetischen Presse und den Meldungen über die Reisen Kusnetzows von und nach Peking sind Äußerungen über die Grenzgespräche nur von Breschnew und Kossygin bekannt. So sagte Kossygin im Mai, daß die Sowjetunion in „konstruktiver Weise“ an den Gesprächen teilnehme¹¹⁶, während er im Juli China vorwarf, „jeglichen Fortschritt bei den Grenzgesprächen zu verhindern“¹¹⁷. Im August schließlich erklärte Breschnew bei seiner Rede in Alma Ata: „Die Verhandlungen gehen nur langsam voran, doch wir verlieren dabei nicht die Hoffnung . . . zu einer für beide Seiten annehmbaren Lösung . . . zu gelangen.“¹¹⁸

Außer der Feststellung, daß allein die Tatsache, daß die Gespräche seit nunmehr elf Monaten andauern, bereits als ein Fortschritt im Sinne der Verständigung zwischen den beiden Staaten zu werten sind, kann also über den Verlauf dieser Gespräche zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts Konkretes ausgesagt werden.

3. Die Standpunkte der Sowjetunion und der Volksrepublik China in der Grenzfrage
Seit dem März 1969 haben sowohl die Sowjetunion als auch die Volksrepublik China in offiziellen Erklärungen ausführlicher denn je zuvor zur Grenzfrage Stellung ge-

¹¹³ Vgl. die chinesische Note vom 24. 5. 1969. Siehe Anmerkung 100.

¹¹⁴ Dieses „Emanzipationsbedürfnis“ Chinas scheint auch im Gesamtkomplex des sino-sowjetischen Konfliktes eine tragende Rolle zu spielen.

¹¹⁵ Vgl. auch: Chinese propose border talks; no quick solution in sight. Radio Free Europe Research. Communist Area, 8. 10. 1969; Glaubitz, Joachim: Die Verhandlungen in Peking — Beginn einer Entspannung? In: Moderne Welt, 1969, Nr. 4, S. 420–425; Peking—Moskau: Grenzverhandlungen bleiben undurchsichtig. In: China-Analysen, 1969, Nr. 12, S. 3–5; Peking—Moskau: Weiteres Schattenboxen bei Grenzgesprächen. In: China-Analysen, 1970, Nr. 1, S. 14–16.

¹¹⁶ Afp, Moskau, 4. 5. 1970.

¹¹⁷ Außenpolitische Wahlrede Kossygin. NZZ, 11. 6. 1970.

¹¹⁸ TASS, 28. 8. 1970; siehe auch: Iswestija, 28. 8. 1970.

nommen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Erklärungen, aber auch deshalb, weil die Gegenüberstellung der Standpunkte besonders interessant ist, werden im folgenden einige dieser Punkte vorgestellt¹¹⁹.

„Ungleiche Verträge“

VR China

„Die Grundlagen der gegenwärtigen Grenzziehung bilden durchweg einseitige, vom zaristischen russischen Imperialismus dem chinesischen Volk aufgezwungene Verträge.“¹²⁰

Im besonderen werden dabei die Verträge von Aigun 1858, Peking 1860 und St. Petersburg 1881 erwähnt, die China den Verlust von über 1,5 Millionen Quadratkilometern Land kosteten. Zur Unterstützung der chinesischen Ansprüche werden unter anderem Marx, Engels und Lenin herangezogen¹²¹.

„In der Karachan-Erklärung wurden von der Sowjetregierung alle von den früheren Regierungen Rußlands mit China abgeschlossenen Verträge für null und nichtig erklärt.“¹²²

Sowjetunion

„Die von China als ungleich bezeichneten Verträge kamen auf der Basis der beiderseitigen Interessenlage zustande und sind ausgeglichen. Mit eventuellen Ungleichheiten der Verträge wurden die Ungleichheiten des Vertrages von 1689 (Nertschinsk) ausgeglichen. Selbst wenn das zaristische Regime eine imperialistische Machtpolitik betrieben habe, dann haben sich die Chinesen in dieser Zeit nicht anders verhalten. Mit geschichtlichen Argumenten kann man viele Gebietsforderungen gegenüber China begründen.“¹²³

„In der zweiten Erklärung von Karachan werden nur die Abkommen von 1896 und 1901 erwähnt.“¹²⁴

Zur Rechtslage der strittigen Gebiete

VR China

„Das umstrittene Gebiet ist eindeutig chinesisch und wurde seit Jahrhunderten von Chinesen bewohnt.“¹²⁵

Sowjetunion

„Die Grenzen sind geschichtlich entstanden und von der Geschichte bestimmt worden. Sie entsprechen dem Willen der gegenwärtigen Bevölkerung. Die Gruppe Maos stellt ‚absurde Gebietsforderungen‘.“¹²⁶

Zu den Grenzzwischenfällen vom März 1969

VR China

„Sie sind sorgfältig geplante Provokationen und waren nur die letzten einer langen Reihe. Vom 15. Oktober 1964 bis zum 15. März 1969 waren es insgesamt 4189 Provokationen.“¹²⁷

Sowjetunion

„Sie sind von China schon vorher inspiriert und ausgearbeitet worden. Wiederholte Verletzungen der sowjetischen Grenze durch chinesische Militärangehörige sind vorausgegangen.“¹²⁸

¹¹⁹ Die Beispiele wurden den Hauptdokumenten des Jahres 1969 entnommen der sowjetischen Erklärung vom 13. 6. 1969 und der chinesischen vom 8. 10. 1969.

¹²⁰ „Erklärung der Regierung der Volksrepublik China“ vom 24. 5. 1969, Hsinhua, 24. 5. 1969.

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd.

¹²³ Prawda, 14. 9. 1969.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Hsinhua, 24. 5. 1969.

¹²⁶ Prawda, 2. 9. 1969.

¹²⁷ Hsinhua, 24. 5. 1969.

¹²⁸ Prawda, 8. 3. 1969; Trud, 5. 3. 1969.

Prinzipiell

tritt die **VR China** für die friedliche Lösung der Grenzfrage ein und schlägt vor, „auf der Basis der ungleichen Verträge neue, gleiche Verträge abzuschließen“¹²⁹.

gibt es für die **Sowjetunion** keine ungleichen Verträge, also können sie nicht als Basis zugrunde gelegt werden. Auch die Sowjetunion tritt für Verhandlungen und Konsultationen ein¹³⁰.

Konsequenzen

VR China

„Wir werden nicht angreifen, sofern wir nicht angegriffen werden; wenn wir angegriffen werden, so werden wir mit Sicherheit zum Gegenangriff antreten.“¹³¹

Sowjetunion

„Ähnliche provokative Aktionen der Clique Mao Tse-tungs werden von unserer Seite eine entschiedene Abfuhr erhalten.“¹³²

4. Die Propagandakampagnen Moskaus und Pekings¹³³

Die Verschärfung, die die Grenzzwischenfälle für den sino-sowjetischen Konflikt allgemein bedeuten, brachten auch eine Eskalation in der beiderseitigen Polemik mit sich. Zumindest zeitweilig wurden nun machtpolitische Fragen zum Hauptgegenstand der sino-sowjetischen Auseinandersetzungen neben den ideologischen Streitpunkten. Abgesehen von kurzen Phasen der Zurückhaltung im September und zu Beginn der Grenzverhandlungen im Oktober 1969 wurde die Polemik während des Jahres 1969 unvermindert von beiden Seiten fortgeführt und steigerte sich Anfang des Jahres 1970 anlässlich des 100. Geburtstages von Lenin im April. Nach den letzten Grenzzwischenfällen im August 1969 geriet die Diskussion über die Grenzfrage auf beiden Seiten mehr und mehr in den Hintergrund und wandte sich wieder der jeweiligen Tagespolitik und ideologischen Fragen zu, wobei allerdings den „Kriegsvorbereitungen“ des jeweils anderen Staates von beiden Seiten besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Skala der gegenseitigen Kritik umfaßt auf beiden Seiten nahezu alle Bereiche — kein Thema der Innenpolitik wird außer acht gelassen, jede außenpolitische Aktion wird sorgfältig registriert und propagandistisch ausgewertet.

Das chinesische Hauptdokument aus der letzten Zeit ist die Anklage der Sowjetunion durch Peking zum 100. Geburtstag Lenins, die unter dem Titel „Leninismus oder Sozialimperialismus“ am 22. April 1970 gleichzeitig im Parteiorgan der KP Chinas „Jen-min Jih-pao“, dem theoretischen Organ „Hung Chi“ und dem Organ der Armee „Chien-fang Chung-pao“ veröffentlicht wurde. Das sowjetische Hauptdokument, das am 18. Mai 1970 unter dem Titel „Pseudorevolutionäre ohne Maske“ in der Parteizeitung „Prawda“ erschien, ist die Replik auf diese Anklage. Dieser Artikel ist der seit langem umfassendste und schärfste sowjetische Angriff gegen die Politik der chinesischen „leader“ und kann daher durchaus als richtungweisend betrachtet werden.

¹²⁹ Hsinhua, 24. 5. 1969.

¹³⁰ TASS, 12. 4. 1969.

¹³¹ Hsinhua, 24. 5. 1969.

¹³² Prawda, 8. 3. 1969.

¹³³ Dieser Abschnitt hängt nicht direkt mit den Ereignissen an der Grenze zusammen, doch hat er eine gewisse Bedeutung für die folgende zusammenfassende Beurteilung.

Nach diesen Dokumenten sind die Hauptthemen der **sowjetischen Kritik** an der Innenpolitik Chinas

- die Kriegsvorbereitungen und die Kriegshysterie in China, die „das Volk von den inneren Mißständen ablenken ... und den großmachtchauvinistischen Ehrgeiz der Pekinger Führer befriedigen“ sollen¹³⁴;
- der Kommunismus in China in seiner maoistischen Ausprägung: „Der Maoismus ist eine antileninistische politische Strömung, deren Grundlage ein sinisierter Sozialchauvinismus bildet“¹³⁵;
- die Wirtschaftspolitik, wobei behauptet wird, daß „... eine militärische Deformation der Wirtschaft stattfindet, die die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas verunstaltet“¹³⁶ sowie
- der Antisowjetismus, der in direktem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Mißständen gebracht wird, um „das Volk von den verderblichen Folgen des dem Lande aufgezwungenen Wirtschaftskurses“ abzulenken¹³⁷.

Ähnlich schonungslos wird auch die chinesische Außenpolitik verurteilt, die nach sowjetischer Darstellung eine „Verschmelzung kleinbürgerlichen Abenteuerertums und feudaler Großmachtkonzeptionen mit superrevolutionärer Phraseologie und faktisch antirevolutionärer Praxis“ ist¹³⁸.

Die Hauptthemen der **chinesischen Kritik** an der Innenpolitik der Sowjetunion sind

- der Kommunismus sowjetischer Auslegung, seine Darstellung und Verurteilung als „Sozialimperialismus“, „Sozialfaschismus“ und „Sozialmilitarismus“¹³⁸;
- die Wirtschaftspolitik, die unter Breschnew „unter völliger Mißachtung der Bevölkerung ungeheuere Steuern herauspreßt, der Hitler-Politik, ‚Kanonen statt Butter‘ folgt und die Militarisierung der Volkswirtschaft beschleunigt“¹³⁹.

Die sowjetische Außenpolitik wird als „imperialistische Kanonenbootpolitik in aller Welt“ bezeichnet, die immer wieder „offenkundige Beweise für das geheime Zusammengehen des „sowjetischen Revisionismus mit dem US-Imperialismus“ liefert¹⁴⁰. Die sogenannte Breschnew-Doktrin nimmt in der chinesischen Kritik eine Sonderstellung ein. Sie wird als „Sortiment faschistischer Theorien des von der Breschnew-Renegatenclique weiter entwickelten Chruschtschow-Revisionismus“ bezeichnet¹⁴¹ und spielte auf Grund ihres auch für China bedrohlichen Inhalts mit

¹³⁴ Vgl. Pseudorevolutionäre ohne Maske. Prawda (Fernausgabe), 18.5.1970 (fortan: Pseudorevolutionäre): Sa Rubeshom vom 24.7.1970: Chauvinistische Großmachtträume der chinesischen Führung: Komsomolskaja Prawda, 21.5.1970: Vorbereitung auf Krieg und Hunger.

¹³⁵ Pseudorevolutionäre. Siehe auch: Sowjetskaja Rossija vom 2.4.1970: Der Maoismus ist mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung unvereinbar.

¹³⁶ Pseudorevolutionäre. Siehe auch NZZ, 28.5.1970: Umorientierung der wirtschaftlichen Verbindungen Chinas auf den kapitalistischen Westen.

¹³⁷ Pseudorevolutionäre. Siehe auch Mao will seine Schuld an der inneren Krise auf „äußere Feinde“ abwälzen. Radio Moskau, 27.5.1970.

¹³⁸ Leninismus und Sozialimperialismus, Hsinhua, London, 21.4.1970 (fortan: Leninismus).

¹³⁹ Leninismus. Vgl. auch: Kuang-ming Jih-pao, 14.3.1970: Die sozialistische Wirtschaft ist die materielle Grundlage der Diktatur des Proletariats.

¹⁴⁰ Leninismus.

¹⁴¹ Leninismus. Vgl. dazu auch die in dem von Boris Meissner herausgegebenen Band „Die Breshnew Doktrin“, Köln 1969, zusammengestellten chinesischen Stellungnahmen zu diesem Thema; siehe auch: Duevel, C.: Is the Breshnew Doctrine in applicable in China? Radio Liberty Research Bulletin, 26.6.1969.

Sicherheit eine gewisse Rolle für das chinesische Verhalten bei den Grenzzwischenfällen.

Insgesamt bedeuten die überaus heftigen und teilweise erbitterten verbalen Attacken beider Seiten der letzten Monate, die aus den vorgestellten Dokumenten und zahlreichen anderen Artikeln ersichtlich sind, eine Verschärfung der ideologisch-politischen Polemik im sino-sowjetischen Konflikt.

5. Die Bundesrepublik Deutschland und der sino-sowjetische Grenzkonflikt

Verhältnismäßig häufig wird die BRD und die deutsche Politik mit dem sino-sowjetischen Grenzkonflikt¹⁴² in Verbindung gebracht. Insbesondere nach der Information der Bundesregierung durch den sowjetischen Botschafter am 11. März 1969 wollten sowohl Stimmen aus dem Ausland als auch aus Deutschland von einer möglichen Einflußnahme der Bundesrepublik im sino-sowjetischen Grenzkonflikt wissen. Die Vision von einem Machtdreieck Peking — Bonn — Moskau erhielten neue Nahrung, als Moskau im März 1969 einen Zusammenhang zwischen den Grenzzwischenfällen und der Präsidentenwahl in Berlin erkannte¹⁴³. Bei diesen Gedankenverbindungen handelt es sich — jedenfalls auf westlicher Seite — um Wunschvorstellungen, die sich von einer derartigen Konstellation konkrete Möglichkeiten der Verbesserung der politischen Ausgangslage Deutschland gegenüber dem Osten versprechen. Auch in jüngster Zeit wurden von den Staaten des Sowjetblocks derartige Spekulationen gern aufgenommen und auch verbreitet¹⁴⁴, da sich dadurch einmal mehr Gelegenheit bot, die „westdeutschen Revanchisten“ zu entlarven. Gehalten haben sich bis heute auch die Stimmen aus Deutschland, die Bonn durch die Achse mit Moskau und Peking in die Lage versetzt sahen, die deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau für sich zu beeinflussen¹⁴⁵.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß aus der häufigen Erwähnung der BRD nicht geschlossen werden kann, daß die Sowjetunion oder China ein besonderes positives Interesse an der Bundesrepublik oder der Deutschlandfrage hat. Aus den Dokumenten geht vielmehr eindeutig hervor, daß Deutschland in allen Fällen lediglich benutzt wird, um die falsche, „antileninistische“ Politik des jeweils anderen Staates zu beweisen und die „wahren Absichten“ der deutschen Politik aufzudecken.

¹⁴² Auch im sino-sowjetischen Konflikt als solchen spielt die BRD und die Deutschlandfrage seit Jahren eine gewisse Rolle. Vgl. dazu: Ray, Hemen: Die Deutschlandpolitik des Kommunistischen China. Aus Politik und Zeitgeschichte, 1969, Nr. 16, S. 3—27.

¹⁴³ Vgl.: Wieder Gefechte am Ussuri. Polemik gegen Bonn. FAZ, 19. 3. 1969; Zwischen Spree und Ussuri. Sowjetische Dolchstoßblendende. NZZ, 27. 3. 1969.

¹⁴⁴ Vgl. dazu: Unterstützung durch die BRD spielt wesentliche Rolle bei den nuklearen Ambitionen Pekings. Zolnierz Wolnosci nach PAP (Polen), 30. 5. 1970; Konstantinoff, G.: Chinesische Führung rechnet mit der Unterstützung ihrer expansionistischen Beziehungen gegenüber der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern durch die westdeutschen Revanchisten. Rabotnitschesko Delo nach BTA (Bulgarien), 7. 7. 1970; Gudkow, D.: Mao liebäugelt mit Bonn und Tokio. APN, 29. 4. 1970; ATA (Albanien): Kollaboration UdSSR—USA—BRD soll die Lage in Europa beruhigen und freie Hand im Komplott gegen China gewährleisten. ATA (Albanien) 22. 6. 1970; Hamm, Harry: Peking warnt vor Bonns „giftigem Honig“, FAZ, 22. 7. 1970. Der deutsch-sowjetische Vertrag wurde am 12. 9. 1970 erstmalig von der chinesischen Propaganda aufgegriffen. Vgl.: Peking: Moskau verrät die DDR. SZ, 14. 9. 1970.

¹⁴⁵ Siehe dazu: Wirsing, Giselher: Tschou En-lai widersteht der Erpressung. Christ und Welt, 10. 7. 1970; Hamm, Harry: Kriegsgefahr am Amur. FAZ, 27. 7. 1970.

Einmal mehr wird dadurch demonstriert, daß die Vorstellungen von einem Mächtedreieck Peking-Bonn-Moskau ohne tatsächlichen Bezug zur sowjetischen oder chinesischen Politik sind. Kommentare und Andeutungen einer möglichen deutschen Einflußnahme tragen den Tatsachen nicht Rechnung und könnten leicht zu einer Fehleinschätzung der politischen Möglichkeiten der BRD führen.

IV. Zusammenfassung: Die Bedeutung der Grenzzwischenfälle des Jahres 1969 für den sino-sowjetischen Konflikt

1. Motive chinesischen und sowjetischen Handelns

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Grenzfrage vor allem in den Jahren nach 1960 haben die „Schüsse am Ussuri“ viel von ihrem anfänglichen Sensationswert verloren. Die entscheidende Frage dabei war und ist, warum beide Seiten die sich seit zehn Jahren wiederholenden Grenzzwischenfälle ausgerechnet im März 1969 propagandistisch derartig hochgespielt haben. Auch heute läßt sich diese Frage nur mit Vermutungen beantworten. Bezüglich der **sowjetischen Motive** sind folgende Deutungsmöglichkeiten erkennbar:

1. Der Konflikt am Ussuri steht in einem Kausalzusammenhang mit der geplanten Moskauer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien: als demonstrativer Beweis für das aggressive Wesen der chinesischen Konzeption, der einer stärkeren Integration im kommunistischen Lager notwendig macht¹⁴⁶. Außerdem lenkten die Ereignisse im Fernen Osten von dem Zurückstecken der Sowjetunion in der Frage um die Wahlen zum Bundespräsidenten in Berlin ab¹⁴⁷.
2. Die „Gelbe Gefahr“ wurde von der Sowjetführung aufgebauscht, um die Notwendigkeit einer Verständigung mit den USA plausibel zu machen.
3. Bestimmte militärische Kreise und Verfechter einer Politik der Stärke versuchen in Moskau mit dem Hinweis auf die „chinesische Gefahr“ ihren Einfluß zu vergrößern und können damit in der sowjetischen Öffentlichkeit eine Atmosphäre erzeugen, die ihre Konzeption begünstigt.

Die **chinesischen Motive** für die Dramatisierung des Ussuri-Konfliktes durch Peking lassen folgende Möglichkeiten vermuten:

1. Die Zwischenfälle an der Grenze stehen in kausalem Zusammenhang mit dem bevorstehenden Parteitag der KP Chinas und sollen die Integration im Innern nach den Unruhen der Kulturrevolution verstärken.
2. Die konkrete Bedrohung der chinesischen Grenzen durch die seit Jahren ver-teufelten „sowjetischen Revisionisten“ ist ein konkreter Beweis für die Richtigkeit der chinesischen Propaganda; Aufrufe zu Sparsamkeit und höherer Leistung

¹⁴⁶ Trotzdem kritisierten von den 75 teilnehmenden Parteien nur 45 die Politik der KP Chinas. Vgl. dazu: Stolte, Stefan C.: Communist Polycentralism and the Conferences in Belgrad, Peking and Moscow. In: Bulletin. Institute for the Study of the USSR 1969, Nr. 7, S. 3–19, und Whetten, Lawrence L.: The 1969 World Conference and the Future of the Communist Movement. Bulletin, ebd., S. 20–26.

¹⁴⁷ Sowohl die SU als auch die DDR hatten sich in dieser Frage sehr festgelegt. Vgl. dazu: Wettig, Gerhard: Das Berlin-Problem. Aus Politik und Zeitgeschichte, 1968, Nr. 9. Durch die Grenzzwischenfälle rückt die Berlinfrage sofort in den Hintergrund.

helfen die durch die Große Proletarische Kulturrevolution entstandenen wirtschaftlichen Einbußen zu neutralisieren.

3. „Moskau-freundliche Revisionisten“ in China werden durch das Mao-Regime als Anhänger des „sowjetischen-Neo-Imperialismus“ entlarvt.

Schließlich können beide Seiten der Weltöffentlichkeit, vor allem den Afro-Asiaten, den „imperialistischen Charakter“ der sowjetischen beziehungsweise chinesischen Politik am Ussuri vor Augen führen, mit dem Ziel, die chinesische beziehungsweise sowjetische Einflußnahme besonders auf die Länder der Dritten Welt, die ihrerseits „imperialistischen Pressionen“ ausgesetzt sind, zu erleichtern.

Die dargestellten Motive sind zwar nur Vermutungen, doch lassen sie desungeachtet ein „gemeinsames Interesse“ der Sowjetunion und Chinas erkennen: beide Staaten können die Zwischenfälle für ihre politischen Absichten ausnutzen, keinem scheint die Ausbreitung der Differenzen ungelegen zu kommen. Als Instrument der Innen- und Außenpolitik sind „Schiebereien an der Grenze“ vielseitig verwendbar¹⁴⁸. . .

2. Krieg zwischen Rußland und China?

Die zweifellos höchste Stufe der Eskalation im sino-sowjetischen Konflikt wäre ein Krieg zwischen beiden Staaten. Bewaffnete Grenzkämpfe sind die erste Stufe dazu und daher fand die Frage nach einem „roten Bruderkrieg“ weltweite Beachtung. Waren es vor einem Jahr vor allem die häufigen Grenzzwischenfälle, die diese Frage aktuell erscheinen ließen, so sind es heute die Berichte über chinesische Verteidigungsmaßnahmen¹⁴⁹ und die sowjetische militärische Aktivität in ihren mittel- und ostasiatischen Grenzbezirken¹⁵⁰, die einen derartigen Krieg auch vielen Experten möglich erscheinen lassen¹⁵¹. Die Veröffentlichung des spektakulären Buches eines amerikanischen Journalisten¹⁵² und die apokalyptische Fiktion eines unvermeidbaren sino-sowjetischen Krieges von A. A. Amalrik¹⁵³ trugen das ihre dazu bei, der Diskussion um einen „roten Bruderkrieg“ neue Nahrung zu geben. Dabei muß die Möglichkeit eines Krieges, ausgehend von der militärischen und politischen Interessenlage beider Staaten als ausgesprochen unwahrscheinlich erscheinen. Ein Angriffskrieg der VR

¹⁴⁸ Die Schüsse am Ussuri. FAZ, 11. 3. 1969. Vgl. dazu: Die Konfrontation am Ussuri. Zufall oder Absicht? NZZ, 18. 3. 1969; Petkovic, Ranko: Die Sowjetunion und China. Internationale Politik. Belgrad, 5. 4. 1969.

¹⁴⁹ Vgl. dazu: China will sich für Krieg durch Verteilung der Industrie rüsten. Die Welt, 21. 10. 1969; Spektakuläre Kriegsvorbereitungen in China. NZZ, 14. 12. 1969; Peking steigert die Militärausgaben. NZZ, 26. 2. 1970; Peking setzt sich in der Inneren Mongolei fest. FAZ, 2. 7. 1970.

¹⁵⁰ Vgl. dazu: Moskaus „Gefechtsbereitschaft“ gegenüber China. NZZ, 21. 2. 1970; Neuer sowjetischer Wehrbezirk an der chinesischen Grenze. SZ, 21. 11. 1969; Angeblich massiver sowjetischer Aufmarsch an Chinas Grenze. FAZ, 23. 7. 1970.

¹⁵¹ Auch der Außenminister der USA, Rogers, schloß eine derartige Möglichkeit nicht aus: USA: Krieg Sowjetunion—China möglich, SZ, 17. 1. 1970, und trug damit wesentlich zur Diskussion über diese Frage bei.

¹⁵² Salisbury, H.: Krieg zwischen Rußland und China. Frankfurt: Fischer, 1969. Das Buch erlangte eine gewisse Aktualität durch den deutschen Vorabdruck im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, die ihm jedoch schon allein deshalb nicht zusteht, weil das Original bereits im Frühjahr 1969 erschienen ist und die jüngste Entwicklung im sino-sowjetischen Konflikt seit dem März 1969 nicht berücksichtigen konnte.

¹⁵³ Amalrik, A. A.: Kann die Sowjetunion 1984 überdauern? In: Der Monat, Frankfurt, 1969, Nr. 254—255; vgl. auch: Der Spiegel, Hamburg, 1970, Nr. 12, 16. 3. 1970.

China käme zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Aufgabe aller politischen Vernunft in China gleich und kann ausgeschlossen werden. Auch der vieldiskutierte „Präventivschlag“ der Sowjetunion ist kaum denkbar: Zu groß sind die militärischen und politischen Risiken eines derartigen Unterfangens, da ein atomgerüstetes, vorbereitetes China nicht mit einem Schlag ausgeschaltet werden kann¹⁵⁴. Im Februar 1970 wurde dann auch eine entsprechende Absicht von der Sowjetunion entschieden dementiert¹⁵⁵. Zwar muß zugestanden werden, daß sowohl das chinesische als auch das sowjetische politisch-militärische Denken irrealer Fakten in sich tragen könnte, doch kann dies nicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sein.

Auch in den vergangenen Wochen und Monaten wurden Berichte über „Kriegsgefahr am Amur“¹⁵⁶ veröffentlicht, die jedoch einer genauen Prüfung nicht standzuhalten vermögen.

3. Der gegenwärtige Stand der sino-sowjetischen Beziehungen

Wie oben aufgezeigt, scheint die Phase der militärischen Auseinandersetzungen mit den Grenzzwischenfällen überwunden, der Konflikt auf die Ebene der Grenzverhandlungen und der Polemik deeskaliert. Im Zuge der innen- und außenpolitischen Normalisierung in China nach den Wirren der Kulturrevolution mehrten sich gerade in den letzten Monaten die Anzeichen für eine gewisse Annäherung in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China.

An erster Stelle steht hierbei die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen, die ihren Ausdruck in der Vereinbarung, wieder Botschafter zu entsenden, fand¹⁵⁷. Die Entsendung von Wassili Tolstikow nach Peking (an Stelle des erkrankten Wladimir Iljitsch Stepakow¹⁵⁸, und die Liu Hsin-chuans nach Moskau stellt einen großen Fortschritt im Hinblick auf eine Verständigung dar. Auch die Tatsache, daß die gemeinsame Kommission für Grenzschiffahrtsfragen am 10. Juni in Heiho zu einer weiteren Konferenz zusammentrat¹⁵⁹, weist auf eine gewisse Verständigungsbereitschaft beider Seiten hin — wenngleich auch hier über eventuelle Ergebnisse nichts verlautete. Über diese gemeinsamen Kontakte hinaus wurden von sowjetischer Seite verschiedene Stellungnahmen abgegeben, die durchaus auf ein so-

¹⁵⁴ Vgl. dazu: Grudinski, Ulrich: Krieg zwischen Rußland und China? FAZ, 8. 8. 1969; Madariaga, Salvador de: Bär und Drache. NZZ, 18. 3. 1969; Rohul: No sino-soviet war. In: China Report, 1969, Nr. 5, S. 17–20; Sino-Soviet War? And Mao on World War. In: China News Analysis, 1969, Nr. 767, S. 1–7. Der Krieg findet nicht statt. Die Welt der Literatur, 14. 5. 1970.

¹⁵⁵ Tichwinski, Sergei L.: Geopolitische Wahrsagerei. Prawda, 15. 2. 1970. Der Artikel war die sowjetische Antwort auf das Buch von Salisbury.

¹⁵⁶ Vgl. auch: Keine Angriffsabsichten gegen China. SZ, 16. 3. 1970; Dementis aus Moskau. NZZ, 16. 3. 1970; Hamm, Harry: Kriegsgefahr am Amur? In: FAZ vom 27. 7. 1970; siehe auch Scholder, Klaus: Der Streit der roten Riesen. In: Die Zeit, Nr. 31, 31. 7. 1970, S. 28. Scholder gelangt dabei zu dem Schluß, daß ein Krieg zwischen Rußland und China unvermeidbar ist. Doch weshalb sollte dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein?

¹⁵⁷ Während der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, im Herbst 1966, hatten beide Staaten ihre Botschafter zurückgezogen, die Amtsgeschäfte in den Botschaften wurden seither von Geschäftsträgern geführt.

¹⁵⁸ Vgl. dazu: Neuer sowjetischer Botschafter in Peking. NZZ, 3. 8. 1970; Der Botschafteraustausch zwischen Moskau und Peking. NZZ, 4. 4. 1970; Der sowjetisch-chinesische Botschafteraustausch. NZZ, 18. 7. 1970.

¹⁵⁹ Hsinhua, 30. 6. 1970; TASS, 10. 7. 1970.

wjetisches Interesse an einer Normalisierung in den Beziehungen zu ihrem Nachbarn schließen lassen¹⁶⁰. Der sowjetische Parteichef Breschnew selbst drückte dies im April so aus, daß die Sowjetunion zwar ihre Haltung in ideologischen Fragen nicht aufgibt und alles tun wird, um die Interessen des sowjetischen Landes und die Integrität der sowjetischen Grenzen zu wahren, gleichzeitig aber auch „alles in ihrer Kraft stehende tun wird, um die Beziehungen mit der VR China zu normalisieren“¹⁶¹. Auch die jüngste Meldung über die Wiederinbetriebnahme des sogenannten „heißen Drahtes“ zwischen Moskau und Peking wäre durchaus ein, wenn auch kleiner, Schritt in dieser Richtung¹⁶².

Trotz der aufgezeigten Beispiele aus dem Bereich der ideologisch-politischen Auseinandersetzung ergibt sich aus dem Rückblick auf den nunmehr zehnjährigen sino-sowjetischen Disput, daß die nachweisbaren Fortschritte im Hinblick auf eine Normalisierung der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China schwerer wiegen als eventuell ebenfalls zutreffende Berichte über massive sowjetische Truppenaufmärsche an der chinesischen Grenze. Berücksichtigt man dazu noch die Reaktivierung der Beziehungen Chinas zu den Staaten des Sowjetblocks, die ja nur zum Teil auf die Initiative Peking zurückzuführen ist, so entsteht der Eindruck, daß die gegenwärtigen Aktivitäten in den sino-sowjetischen Beziehungen einen Abschnitt der beginnenden Entspannung einleiten.

Ausblick

Die „Schießereien am Ussuri“ haben bewiesen, daß die Grenzfrage integraler Bestandteil des sino-sowjetischen Konfliktes ist — mit ihr lassen sich militärische Konflikte jeder Größenordnung von beiden Staaten zu jedem Zeitpunkt provozieren und begründen. Die chinesische Haltung in dieser Frage dagegen demonstriert, daß es den derzeitigen Führern Chinas nicht um die Rückgewinnung von Gebieten, sondern um die Emanzipation dem sowjetischen Partner gegenüber geht.

Demnach sehen sich die Unterhändler beider Staaten in Peking mit demselben Problem konfrontiert, vor das sich die chinesischen und russischen Unterhändler 1689 in Nertschinsk gestellt sahen und das sie mit Hilfe europäischer Berater und drei textverschiedenen Vertragsfassungen lösten. Mit dem Vertrag von Nertschinsk nahm die Historie der chinesisch-russischen Beziehungen ihren Anfang, wurde die Grundlage für alle späteren Grenzkonflikte geschaffen. Heute, nahezu dreihundert Jahre später, scheint es, als wäre ein ähnlicher Vertrag mit umgekehrten Vorzeichen zur Lösung der Grenzfrage und für die Vermeidung künftiger Grenzkonflikte notwendig. Es bleibt die Frage, ob China auch diesmal über die entsprechenden „Europäer“ als Berater verfügt.

Im Hinblick auf den sino-sowjetischen Konflikt bedeuten die Grenzverhandlungen in Peking eine gewisse Deeskalation, wengleich das nicht den Schluß zuläßt, daß

¹⁶⁰ So zum Beispiel das sowjetische Dementi eines Präventivschlages gegen China; vgl. Anmerkung 156. Ein Artikel in der Sowjetskaja Rossija vom 23. 3. 1970, in dem betont wird, daß die SU ihre Beziehungen zu China auf lange Sicht aufbaut, davon ausgehend, daß die grundlegenden Interessen der Völker der SU und Chinas übereinstimmen. Vgl. auch TASS, 28. 3. 1970.

¹⁶¹ In seiner Rede am 14. April in Charkow; vgl. Prawda, 15. 4. 1970; Le Monde, 16. 4. 1970.

¹⁶² Wieder heißer Draht. FAZ, 3. 8. 1970.

es in absehbarer Zeit zu einer wirklichen Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Großmächten kommen wird. Die Tatsache, daß die Grenzfrage als Ganzes nur ein Streitpunkt im sino-sowjetischen Konflikt ist, schließt eine Bereinigung dieses Konfliktes durch eine eventuelle Lösung der Grenzfrage von vorneherein aus.

Der sino-sowjetische Konflikt stellt in seiner Gesamtheit eine Vielfalt von Problemkomplexen dar, die sowohl in der historischen Entwicklung beider Staaten, ihrer gegenwärtigen politischen Situation als auch in den Persönlichkeiten der politischen Führer auf beiden Seiten begründet liegen, so daß eine Klärung des sino-sowjetischen Verhältnisses nur durch weltpolitische Veränderungen denkbar erscheint.

Wieviel wahrscheinlicher klingt da die chinesische Prognose: „Zwischen China und der Sowjetunion bestehen unausgleichbare grundsätzliche Differenzen ... Der Kampf zwischen ihnen um Prinzipien wird noch lange Zeit fort dauern“¹⁶³.

¹⁶³ Statement of the Government of the Peoples Republic of China. Hsinhua, 7. 10. 1969.